

# Metall-Arbeiter-Zeitung.

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Organ der Eingeschriebenen Hilfskassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 89 zu Hamburg, der allg. Metallarbeitervereine, der Fachvereine der Former, Klempner, Schlosser und Maschinenbauer, Gelbgießer und Gütler, Seilenhauer, Schmiede, Dreher, Binngießer, Schläger &c. Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 J., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 2. Mai 1891.

Inserate die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 J. Redaktion und Expedition: K r u s s, Weigenstraße 12.

### Zur Mai-Feier.

Vor zwei Jahren in Paris, auf dem großen Verbrüderungsfest der Arbeiter aller Länder, wurde der Arbeiter-Maitag, das Arbeiterweltfest, beschlossen. Einig in dem Gedanken, der den Kongress zusammengeführt, dem Gedanken der internationalen Arbeiterschutzesgesetzgebung mit dem Achtstundentag an der Spitze, waren die dort versammelten Vertreter der Arbeiter aller Länder aber auch darüber sich klar und einig, daß das Streben der Arbeiterklasse mit der internationalen Regelung des Arbeiterschutzes nicht erfüllt sei, sondern daß die Forderung der Klassenbewußten Arbeiter überall dahin gehe, das heutige kapitalistische System der Lohnarbeit durch die gesellschaftliche Regelung der Produktion auf sozialistischer Grundlage zu ersetzen und damit der Ausbeutung und Klassenherrschaft auf jeglichem Gebiet und in jeglicher Gestalt ein Ende zu machen.

War schon der Maitag-Beschluß ein Triumph der internationalen Sozialdemokratie, so zeigte seine einheitliche, begeisterte Durchführung erst recht die weltumspannende Größe unserer Partei.

In allen Ländern, in allen Städten, wo der Würgengel des Kapitalismus mit der Sense der Berufskrankheiten die frühgerohte Ernte niedermäht, erhoben sich die Heerschaaren der Ausgebeuteten zu einem einzigen Protestzuge der Lohn-Sklaven. Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Ruhe, acht Stunden Bildung! so thäte es durch das ganze Erdenrund!

Und die Ausbeuter aller Länder zitterten. Die feige Angst und das Schuldbewußtsein ließen sie erbeben. Erst letzter Tage haben Herr v. Kardorff, dieser Lartuffe der preussischen Junker, und der Hamburger Senator Burckhardt, dieser Junker der Bourgeois-Lartuffe, der vorjährigen Angst der hieheren deutschen Bourgeois im Reichstag berebten Ausdruck gegeben. Während Herr Kardorff, der für die jegige Witterung in gewissen Regionen die Nase nicht verloren, aus der Aufhebung des Sozialistengesetzes die Hoffnung auf Revolten, Aufstände und darauffolgende Orgien der Reaktion prophezeite, erklärte Herr Burckhardt klipp und klar, daß die Unternehmer, wollten sie Herren in ihrem Hause bleiben, es auf eine „Kraftprobe“ antommen lassen mußten.

Und als die „Kraftprobe“ gelungen, hei! wie wuchs da der Muth der Arbeiter, wie sättigten da die Unternehmer ihre Mägen für die ausgestandene Angst! Die Metallarbeiter in Hamburg, Berlin u. s. w. wissen ein Lied davon zu singen. Für sie hatte es der Enthüllungen über das „Komplotz gegen die deutsche Arbeiter-Klasse“ gar nicht bedurft, sie hätten die infame Brutalität der Kapitalistenklasse zu fühlen bekommen, die mit der Arbeitskraft ihrer Lohn-Sklaven auch deren Geist und Gesinnung gekauft zu haben wähnt! Trotz alledem war die vorjährige Maitag-Feier ein Triumph der Arbeiter! Die Drohungen wie die Probokationen

der Gegner, die für den 20. Februar ihre Pläne wollten, waren erfolglos geblieben.

Und in diesem Jahre wird die Feier eine noch allgemeinere sein. Zwar nicht am 1. Mai, wohl aber am ersten Maitag-Sonntag! Die Hoffnungen der Kapitalisten, bei den jetzigen schlechten Geschäftsverhältnissen den 1. Mai zum Anlaß eines Konfliktes zu machen, ist durch den Rath der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu Schanden gemacht!

Wohl klingt der Herwegh'sche Vers:

„Alle Räder stehen still,  
Wenn Dein starker Arm es will.“

ebenso poetisch schön, wie er wahr, wie er der Ausdruck der Wirklichkeit ist; aber — noch ist die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit nicht einig, in ihrer Mehrheit noch nicht Klassen- und zielbewußt, noch gehorchen die einzelnen Glieder des millionenarmigen Heeres „Arbeiter“ nicht einem einzigen Willen! Es wäre schädliche Selbsttäuschung, wollten wir uns einreden, wir könnten heute alle Räder stille stehen lassen!

Die Stunde kommt noch! Und die heurige Maitag-Feier, deren Bedeutung nicht in der Art und nicht in der Stunde, sondern in ihrer einheitlichen Universalität liegt, bringt uns diesem Ziele näher. Mögen die Gegner noch so sehr sich sträuben, Stück um Stück sprengen wir in immer gesteigerter Progression den Arbeiterschutzes. Und auch den Achtstundentag!

Diese heute noch so verspottete sozialistische Utopie wird Tag um Tag mehr ein Gebot der wirtschaftlichen und kulturellen Nothwendigkeit, so daß heute schon ein deutscher Professor, Herzkra, schreiben muß:

„In diesem Blicke betrachtet, ist der Kampf für den Achtstundentag etwas Anderes, als wozu ihn verblendete Kurzsichtigkeit machen will; er ist keine Raubgiererei um den ohnehin mageren Knochen der in der heutigen Welt erzielbaren Produktionsgewinn, sondern ein Kampf für den menschlichen Fortschritt ganz im Allgemeinen. Und wer sich dem Achtstundentag widersetzt, der übt dabei keinen Akt der Selbstverteidigung gegen einen Angriff auf sein persönliches Interesse, er verläßt sich gegen die Interessen des allgemeinen Fortschrittes. Ein Staat vollends, der in diesem Kampfe gegen die Verkürzung der Arbeitszeit Stellung nehmen wollte, würde damit die Waffen gegen die Grundlagen seines eigenen Gedeihens kehren, gegen das Wachstum der physischen Kraft und des Wohlstandes aller seiner Bewohner.“

Darum frisch auf zur Mai-Feier! Frisch auf zum Streit für den Achtstundentag!

### Die armen Aktionäre!

⚡ Natürlich ist's die „Eisen-Ztg.“, welche diesen Klageruf erhebt! Welches Blatt hätte auch angefangen der heutigen Börsenzettel-Notirungen den Muth, von

einer Noth der Aktionäre zu reden! Wie wenn in früheren Zeiten ein Heer deuteltüchtiger Landsknechte durch Städte und Länder marobirte, so heimstern in dem letzten Jahre die im Schweiße ihres Angesichts an den Spielstücken, in den Seebädern und in Sommerfrischen sich abplaudenden Aktionäre ihre Dividenden-Beute ein! Die glücklichen Arbeiter aber, die vom frühen Morgen bis spät in die Nacht in den Fabriken und Werken schaffen, schaffen, schaffen konnten, hielt man durch Sozialistengesetze, Fabrikanten-Kartelle und Staatshilfe hübsch an der Koppel der „Zufriedenheit“. Lieber der Polizeidirektion ein hübsches Trinkgeld!

Was gibt der „Eisen-Ztg.“ nun den Vorwand, das Klagegedicht der Aktionäre zu singen? Hören wir sie:

„Die Hörder Güte illustriert recht deutlich, um wie viel die Unternehmer sich durch den Schweiß der Arbeiter bereichern.“ Millionen auf Millionen hat das Werk gelostet, ohne daß die Aktionäre eine Dividende erhoffen durften.“

Und das ist Alles wahr! Darum ruft das Fabrikantenblatt mit Thränen im Auge am Schlusse das Klagegedicht aus:

„Das Schicksal dieses Werkes aber zeigt, wie wenig die Großindustrie auf Rosen gebettet ist; die Dornen sind der hervorstechendste Theil. Der Staat hat regelmäßig seine Steuern, die Arbeiter ihren guten Lohn (!) erhalten. Der Verwaltung sind berechnigte Vorwürfe kaum zu machen, und dennoch ist das gesammte Aktien-Kapital mehr wie einmal ganz und gar aufgezehrt worden.“

Schauen wir uns nun diese Hörder Güte einen Augenblick näher an. Selbst die „Eisen-Ztg.“ muß zugestehen: „Vor 10—15 Jahren galt das Werk in seinen Einrichtungen veraltet und finanziell bankrott.“ Trotzdem ist die „Eisen-Ztg.“ unerschämmt genug, dieses in seinen Einrichtungen veraltete und schon vor 15 Jahren finanziell bankrotte Unternehmen als für die Gesamtindustrie maßgebend hinzustellen.

Durch die unter der Aera der Schützgölle wild entfachte Spekulationswuth wurde auch dieses von den belgischen Kapitalisten als ertragsunfähig verlassene Werk vermittelst geschickter Börsenmänner in die Höhe geschwindelt, Dumme, welche ihr Geld in den von vorherin zur Wertlosigkeit verdamnten Aktien anlegten, fanden sich selbstverständlich auch, Direktoren und Aufsichtsrath, die natürlich ihre Gehälter flott bezogen hatten, verstanden, die Generalversammlungen zu — „beherrschen“, im Jahre 88 wurden sogar 6 Proz. Dividenden ausgesetzt, obwohl nicht bloß kein Reingewinn vorhanden, sondern das ganze Anlage-Kapital verbaut und verduftet war — und heute steht nun das Werk mit einer Portion Schulden da!

Was beweist nun diese Tatsache anders als die Ungesundheit dieses ganzen Börsentreibens! Und welche Portion Unverschämtheit gehört dazu, aus der Thatfache, daß eine Handvoll unreifer Börsenspieler

ihre Spieleinsätze verloren haben, behaupten zu wollen, das Schicksal der Hörder Aktionäre sei das der ganzen Großindustrie, deren hervorstechendster Theil der bornenwolle Verlust bildet! So was bringt nur das Organ eines Verbandes zuwege, dessen Mitglieder, wie eine geheime Verbrederegesellschaft, sich systematisch verbunden haben, unter den Augen und der Duldung von Egl. Behörden in Gesetz und Rechte der Arbeiter einzubrechen!

Die arme Großindustrie! In einer der letzten Nummern haben wir eine kurze Zusammenstellung der Höhe der Arbeiter und der Dividenden der Bergwerks-Gesellschaften gegeben. Schauen wir uns heute die Dividenden-Ausbeute einiger Maschinenfabriken näher an. Alle jene lassen wir hier unausgeführt, deren Ertragnisse unter 10 Proz. zurückbleiben. Denn so ein nichtstühender Aktionär, der nicht mal 10 Proz. bezieht, ist wirklich zu bedauern. Und zum Vergleiche stellen wir die letztjährige Dividendenhöhe daneben. Laut Börsenbericht der „Vossischen Zeitung“ zahlen daher Maschinen- und Eisenbahnbedarf-Fabriken:

	Dividenden in Proz.	vorletzte	letzte
Sächsischer (Eisenmaschinen)	4	10	
Sentker Vorrugs-Aktiven	6	10	
Chemnitzer (Zimmermann)	6	10	
Hartort, Brückenbau St.-Pr.	6	10	
Feldher, Maschinenfabrik	9	10	
Archtmebes	10	10	
Hartmann	10	11	
Hartung, Gußstahlfabrik	—	11	
Berlin-Anhalter Masch.-Fabr.	7 1/2	11	
Bielefeld, Dürl	10	11	
Hofmann, Waggonfabrik	9	12	
Herbrand, Wagenfabrik	10	12	
Kapler, Maschinenfabrik	11	12	
Märkische Maschinenfabrik	9	13	
Südlicher Maschinenfabrik	10	13	
do. Eisen-Materialien	12	13	
Düsseldorfer Wagg.-Fabr.	12	13	
Freund	11	13	
Breslau, Binte,	12	14	
Schwarzloppf	14	13	
Böwe & Co.	18	18	
Sächsischer Webstuhlfabrik	18	18	
Sudenburg	20	20	
Zeiger	20	20	
Halle'sche	32	35	

Diese Zahlen dürften die Hörder Güte selbst bei der Eisen-Zeitung in Schatten stellen, denn daneben figuriren mit 9 Proz. Dividenden noch 2 Betriebe, mit 8 Proz. ebenfalls 2, mit 7 Proz. 1, mit 6 1/2 gleichfalls 1, mit 6 Proz. 5, mit 5 Proz. 4 Betriebe.

Die Hallenser mit ihren 35 Proz. Dividenden sind aber — von der chemischen Industrie nicht zu reden — selbst in der Eisen-Industrie noch keineswegs Könige im Reiche der Beute, und die „Eisen-Zeitung“ traut sich selber noch viel besser Lügen.

In Nr. 15 veröffentlichte sie triumphirend den Geschäftsbericht der Siedere-

Hätte und Peiner Walzwerke, den wir in letzter Nr. schon brachten und belächelten, und der ja in der That wie ein hohes Stroh die Staubfähigkeit der heutigen Industrie trägt.

Genug — die Gegenüberstellung der Dividenden-Ergebnisse der Maschinenfabriken im Allgemeinen, wie wir sie vorstehend zusammengestellt — und zwar nur jener, die mindestens 10 Proz. verzeichnen haben — und der von der „Eisen-Zeitung“ selber reproduzierten Hütte und Peiner Walzwerke gegenüber den ganz jämmerlichen Söhnen der Arbeiter auf diesen letzteren Werken speziell zeigt mehr als alle langen Erörterungen, welche unverkündet plumpe Klappschalter-Kunststücke die „Eisen-Ztg.“ unternommen hat, als sie das Ergebnis der verachteten und beispiellos überlich durch Dörfenmann über aufgestülpten Söhne Hütte als Beweis dafür ins Feld zu führen versuchte, wie traurig die Lage der Großindustrie-Aktionäre ist! Und wir haben noch kein Wort darüber verloren, welche Riesensummen als Gehälter und Entlohnungen in den Händen der Direktoren und Aufsichtsräte vorweg abgehöpft werden!

In der That, man begreift die unterfrenone — Kühnheit des Metallindustriellen-Hauptmanns Kühnemann — wirklich ein sehr kühner Mann — mit der er alle jene Arbeiter „mit größtem Vergnügen“ als wüste Agitatoren brandmarken möchte, welche es unternehmen, angesichts solcher Zahlen höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu verlangen und für ihre eigenen Interessen und die ihrer Mitarbeiter einzutreten!

Wüste Agitatoren! Gewiß! Hier Hungerlöhne, schamlose Verfolgungen, infame Knechtung der Gefinnung — dort schwindelhafte Dörfenmann-Gewinne und 40 Proz. Dividende für faulenzende Aktionäre; hier frecher Fabrikanten-Übermuth und Polizei-Erntgelber, dort von Fabrik zu Fabrik und aus jeglicher Arbeit gehetzte und an den Rand des Glends und der Verzweiflung gebrachte ehrliche Arbeiter! Und da magt die „Eisen-Ztg.“ noch von armen Aktionären zu faheln! In der That eine wüste Agitation!

Die Enthüllungen

Über das Komplott gegen die deutsche Arbeiterklasse haben der Presse aller Schattierungen reichlichen Stoff zu Betrachtungen gegeben. Daß der größte Theil derselben, namentlich die national-liberalen und konservativen Organe das Treiben der Unternehmer vollauf billigten, haben wir schon erwähnt; wir befassen uns damit nicht weiter. Doch auch einzelne sog. „freisinnige“ Organe schämten sich nicht, in dasselbe Horn zu stoßen, allen voran der „Frankfurter Kurier“, welcher die Enthüllungen „sozialdemokratische Fälschereien“ nannte. Die traurige Rolle, welche dieses Blatt in dieser Angelegenheit spielte, erhellt aus folgendem Sage:

„Die Korrespondenz (des Herrn Kühnemann) hat lediglich das gemeinsame Vorgehen dieser Industriellen gegen agitatorische Arbeiter zum Gegenstande; sie betrifft das gemeinsame Ausschließen der von einzelnen Mitgliedern oder von der Vertrauenskommission des Verbandes als „wüste Agitatoren“ bezeichneten Arbeiter sowie die Errichtung einer gemeinsamen Arbeitsnachweisstelle, die Enthüllung der agitatorischen Elemente durch vertrauliche Verständigung unter den Arbeitgebern etc.“

Und am Schluß heißt es; „Alles in Allem genommen, ist die ganze Korrespondenz, deren Veröffentlichung übrigens einen schmachvollen Bruch des Briefgeheimnisses darstellt (diese fittliche Entrüstung des „Korrespondenten“ gegen die Sozialdemokraten, nicht etwa gegen die Kühnemann

und Kumpare ist wirklich lustig!) nichts als die Beurkundung der den Arbeitgebern von der neueren sozialdemokratischen Taktik aufgedrängten Gegenwehr.“

Dieses Unkluge des wirklichen Thatsachens macht der Vergangenheit des „Fr. Kurier“ alle Ehre. Daß der Verband der Metallindustriellen laut seinen Statuten jegliche Forderung der Arbeiter als wüste Agitation ansah, welche mit Entlassung und Ausbürgerung geahndet werden sollte das genirt dieses freisinnige Papier nicht im mindesten.

Auch die „Freis. Ztg.“ konnte es sich, trotzdem sie sich in vielen Punkten absprechend über die Thätigkeit des Metallindustriellen-Verbandes und gegen das Geschenk von 3000 M. aussprach, nicht versagen zu schreiben:

„Von einem Komplott gegen die Freiheit der Arbeiter kann also hier durchaus nicht die Rede sein. Der Verband der Metallindustriellen hat in der Hauptsache nur durch vereinte Kraft sich gegen rechtswidrigen, frivolen Kontraktbruch zu schützen gesucht, wie solcher von einem großen Theil der Sozialdemokratie am 1. Mai 1890 beabsichtigt war und auch zur Ausführung zu bringen versucht worden ist.“

In wohlthuendem Gegensatz zu dieser Auslassung steht eine Betrachtung in der freisinnigen Wochenschrift „Nation“ des Herrn Dr. Barth; darin heißt es:

„Gegen diese Vermischung von Politik und Wirtschaftsleben sollte ganz nachdrücklich Einspruch erhoben werden. Man kann davon absehen, daß eine Ausschließung der sozialdemokratischen Arbeiter aus dem Betriebe unserer Produktion praktisch unmöglich ist; gleichzeitig aber muß theoretisch ausgesprochen werden, daß nicht der geringste Grund vorliegt, einen anständigen und tüchtigen Arbeiter nur darum in seinem Fortkommen zu hemmen, weil er Sozialdemokrat ist. Und wie uns diese wirtschaftliche Vergewaltigung um politischer Gefinnungen willen durchaus unstatthaft erscheint, so möchten wir uns gleichzeitig gegen jenen Standpunkt verwahren, dem die Führer des Verbandes der Metallindustriellen zuzuneigen scheinen — es ist das der Standpunkt, als sei jeder Arbeiter, der sich an die Spitze seiner Genossen stellt, um deren wirtschaftliche Lage zu heben, im Allgemeinen als ein Unruhe stiftender Sozialdemokrat anzusehen. . . . Nun erweisen aber die Veröffentlichungen, daß der Verband seine Zwecke mit keineswegs unansehnlichen Mitteln zu fördern gesucht hat. Ist ein Zusammenschluß der Metallindustriellen, um sich gegen ungebührliche Forderungen zu schützen, auch wohl berechtigt, so scheint es doch kaum mit dem Gesetze vereinbar, daß dieser Verband auf einem Umwege — durch die besondere Einrichtung der Entlassungsscheine — das gesetzlich abgeschaffte Arbeitszeugniß wieder einzuführen sucht, und daß er unter seinen Mitgliedern Listen mit den Namen jener Arbeiter zirkuliren läßt, die als „unruhige Elemente“ aus einer Fabrik ausgeschlossen, nurmehr auch in keiner anderen Fabrik des Verbandes mehr eine Anstellung erhalten sollen, d. h. diese Arbeiter sollen bleibend brodblos gemacht werden. Ein derartiges Vorgehen kann schon das einfache Gerechtigkeitsgefühl nicht billigen; denn Ankläger und Richter sind hier die nämlichen Personen, und es besteht nicht die geringste Gewähr, daß die interessirten Industriellen stets nur unwürdige Personen aus der Beschäftigung in dem gemeinsamen Betriebe ausschließen; selbst die stankline und die Feindschaft untergeordneter Beamten können unter diesen Umständen schon eine Familie ins Unglück stürzen. Endlich ist noch ein Wort zu sagen über die Stellung, welche die Regierung gegenüber den Bestrebungen des Verbandes der Metall-

industriellen einnimmt; es handelt sich im Besonderen um die Haltung des Berliner Polizeipräsidenten und um den Inhalt des erwähnten Schreibens des Kriegsministeriums, sowie um ähnliche Schreiben der Eisenbahn-Verwaltungen. Es ist klar, daß die Regierungsbehörden sich hüten sollten, irgendwie den Verdacht zu erregen, als bevorzugten sie bestimmte Kreise der Bevölkerung gegenüber anderen Kreisen, und als suchten sie durch das Gewicht ihres Einflusses die Interessen jener zu stützen. Die Regierung ist für die gesammte Bevölkerung, nicht für eine Interessengruppe da. Und aus diesem Grunde müssen wir es denn auch bedauern, daß Kriegsministerium und Eisenbahnverwaltung ohne vorstichtige Prüfung den Standpunkt des Verbandes der Metallindustriellen zu dem ihrigen machen und damit prinzipiell gegen die Arbeiter und für die Arbeitgeber Partei ergreifen, während doch keine ernste Gewähr für die stete Gerechtigkeit der Entscheidungen jener geboten ist. Im Interesse der völligen Unabhängigkeit der Regierungsbehörden sollte es dann aber auch unstatthaft sein, daß das Berliner Polizeipräsident sich 3000 M. von dem Verbandspräsidenten läßt zur Vertheilung an jene Beamte, die aus Anlaß der Befürchtungen am 1. Mai in besonderem Grade dienstlich angestrengt worden sind, als hätte am 1. Mai die Polizei vor Allem zum Nutzen einer Anzahl Fabrikbesitzer gehandelt, so daß diese nun zur Bezeugung einer besonderen Erkenntlichkeit sich verpflichtet fühlen könnten. — Außer den politischen und rechtlichen Gesichtspunkten hat man aber auch die reine Nützlichkeitfrage in Betracht zu ziehen. Sind denn jene Bestimmungen, welche der „Verband der Berliner Metallindustriellen“ vereinbart hat, auch nur zweckmäßig, um das zu erreichen, was angestrebt wird? Wird ein einziger Streit weniger sein, wenn die Fabrikbesitzer nach dem Statute der Vereinigung verfahren? Scherzhaft. Es werden sich stets wieder Arbeiter finden, die den Kampf aufnehmen, und dieser Kampf wird gerade verschärft und verbittert, weil die Arbeiter durch solche Veröffentlichungen sich als vergewaltigt und unterdrückt betrachten. Was Mittel, gleich diesen, bewirken, hat auf große Verhältnisse übertragen das Sozialistengesetz bewiesen. Der Weg zu einer besseren Gestaltung der Beziehungen und zum schließlichen Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern muß daher ein anderer sein. Statt daß beide Parteien einander bekämpfen mit erlaubten und unerlaubten Mitteln, und daß jede Partei den Gegner auf das Neueste zu schädigen sucht, muß mit dieser Methode gebrochen werden, und die öffentliche Meinung sollte die Pflicht haben, diesen Praktiken entgegen zu treten, auf welcher Seite sie sich immer zeigen.“

Selbst das „Berl. Tageblatt“, das zuerst voll und ganz in das Unternehmerhorn blies, war schließlich genöthigt, eine Zuschrift aufzunehmen, welche die Praktiken der Unternehmer als bedenklich schilberte.

Charakteristisch ist, was der „Gewerbeverein“ des Dr. Max Hirsch zu den Enthüllungen sagt. Unter der Spitzmarke „Saubere Praktiken“ verurtheilt er das Treiben der Unternehmer, aber echt Hirsch-Dunderisch fügt er bei: „Die Sozialdemokraten haben kaum (aber doch ein wenig?) das Recht, sich dagegen zu beschweren, da sie es gerade gewesen sind, die genau dasselbe gegen die Unternehmer gethan. Jeder andere aber hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, gegen solche Vergewaltigungen Protest zu erheben.“

Daß die Sozialdemokraten noch Niemand wegen seiner politischen oder sonstigen Ansichten gemäßigelt haben, daß

sie noch keinen Unternehmer diffamirten, aus einer Vereinigung auszutreten, weiß der Schriftfay des „Gewerbeverein“ sehr wohl, gleichwohl schämt er sich nicht, eine solche niederträchtige Verleumdung gegen die Sozialdemokratie zu schleubern.

In durchaus zutreffender Weise äußert sich die „Frankfurter Zeitung“:

„Ein Festlieb, in gemüthlicher Tafelrunde von den Mitgliedern großer Unternehmervereinigungen zu singen hat das Fachblatt der westfälischen Kohlenzechen dieser Tage veröffentlicht. „Spring ein ins feste Syndikat, Das ist das richtige Cölibat!“ So lautet ein besonders schöner Vers im „Syndikats-Candus“, den die befriedigten Herren des Kohlenklubs in Essen bei guten Speisen und Getränken anstimmten. Es ist wirklich „eine Lust zu leben“ für die Mächtigen dieser Erde. Aber ein schneidender Miston ist plötzlich in diese Jubeltöne gefallen. Was foeben durch die Droschire „Ein Komplott gegen die deutsche Arbeiterklasse“ an Aktienstücken über die Koalition deutscher Metallunternehmerverbände mit preussischen Behörden bekannt geworden ist, das dürfte denn doch Entrüstung und tiefen Widerwillen erregen, weit über die Kreise der unmittelbar theilhaftigen Arbeiter hinaus. „Durch einen Zufall,“ so sagt die Veröffentlichung, sind dem Herausgeber die Aktienstücke in die Hand gefallen, deren Echtheit unbestritten ist. Es mag mit dem Zufall seine eigene Bewandniß haben; wahrscheinlich ist die Auslieferung der Vereinszirkulare und Briefkopien, aus denen die Droschire fast ausschließlich besteht, durch einen Beamten des Unternehmerverbandes erfolgt. Aber man begreift bei der Bekunde, daß durch die Kenntnisknahme solcher Aktienstücke ein Subalternbeamter, der mehr oder weniger mit den Arbeitern fühlt, zur Erbitterung und zum Verrath der Machinationen kommen konnte. Ueber diesen formellen Punkt sollte also am Besten gar nicht gesprochen werden.“

Das Blatt konstatiert dann, daß der Verband der Metallindustriellen nicht nur alle gesetzlich erlaubten Machtmittel angewandt hat, sondern auch zu gesetzlich unerlaubten Mitteln griff, wenn dies seinen Zwecken diene. Als Gesetzesübertretungen werden angeführt: die Verletzung des preussischen Vereinsgesetzes durch Gründung eines Verbandes von Vereinen, welche sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen, die Uebertretung der Bestimmungen der Gewerbeordnung durch die Berufserklärung mit schwarzen Listen und den Kontroll-Entlassungsscheinen. Das Blatt meint, „daß der tiefe moralische Eindruck, den diese Dinge auf das Volk machen werden, hundert Mal mehr Schaden stiftet, als die geschilderten Maßregeln den Metallindustriellen Nutzen gebracht haben.“

Die Beteiligte der Behörden an Fritz Kühnemann's Feldzug nennt die „Frankfurter Zeitung“ ein würdiges Pendant zur Fideikommissstempel- und Welfenfonds-Affaire. Aus den weiteren Ausführungen des Blattes wollen wir zwei Stellen noch wörtlich wiedergeben. Sie lauten: „Staatliche Behörden, das preussische Kriegs- und das Arbeitsministerium, wie der Polizeipräsident von Berlin und jedenfalls auch Provinzialbehörden hatten genaue Kenntniß von Vorkehrungen der Metall-Industriellen, welche gegen das Gesetz verstießen; und doch erfolgte nirgends ein Einschreiten, während man weiß, wie unendlich scharf, und zwar mit Recht, gegen die kleinste Ungeheuerlichkeit vorgegangen wird, welche sich Arbeitervereinigungen durch Boykott oder Ähnliches zu Schulden kommen lassen. Aber noch mehr! Königlich preussische Behörden theilhaftigen sich direkt an den Maßnahmen des Industriellen-Verbandes gegen die Arbeiter.“

Die dem Kriegsministerium unterstellten Werkstätten, wie die Betriebe der Staatsbahnen tauschen mit dem Verband der Privatunternehmer die Listen und Entlassungsscheine zur Verurteilung der Arbeiter aus, ja sie setzen ordentlich einen Stolz darin, noch schroffer gegen ihre Arbeiter vorzugehen, als die Privat-Industriellen. Vielleicht hat die Veröffentlichung die eine gute Wirkung, daß sie andere Unternehmerverbände vor ähnlichen Ungeheuerlichkeiten warnen. Es wäre traurig, wenn die soziale Entwicklung, die sich ohnedies in recht scharfen Gegensätzen vollzieht, auch noch unnötig vergiftet würde. Und für Unternehmertreue, die sich, wie die Buchdrucker, redlich bemühen, zu einer Verständigung mit ihren Arbeitern zu kommen, siele dann jeder Anreiz weg, auf der Bahn friedlicher Organisation fortzuschreiten. Besonders gespannt darf man aber darauf sein, was die Träger der offiziellen Sozialreform zur Beheiligung der Behörden an dem System von Damm und Nacht sagen, das die Metall-Industriellen über ihre Arbeiter verhängt haben. Ebenso wenig wie zu den Geschichten vom Fideikommissstempel und vom Welfenfonds?

In der Zuwendung der 3000 M an das Polizeipräsidium hat auch der Minister Verlesch „nichts Ungehöriges“ gefunden. Inbezug nicht nur vom sozialdemokratischen, sondern auch vom formal juristischen Standpunkte ist dieses Geschenk zu verurteilen. Dem „Vorwärts“ wird hierüber aus juristischen Kreisen geschrieben:

„Wie aus dem Mundschreiben des Herrn Kühnemann vom 24. Juli v. J. hervorgeht, sind in Folge des einstimmig gefassten Beschlusses der Generalversammlung dem kgl. Polizeipräsidium 3000 M überwiesen worden mit der Bitte, diese Summe denjenigen Beamten zuzuführen, die aus Anlaß des 1. Mai über Gebühr angestrengt werden mußten und deren thätigster Unterstützung der Verband wesentliche Dienste verbaut.“ Herr v. Nitzhofen bestätigt am 12. Juli amtlich den Empfang der 3000 M mit verbindlichstem Dank und theilt gleichzeitig mit, daß und in welcher Weise er diese Summe unter die betreffenden Beamten vertheilt hat. Also: eine Reihe von Polizeibeamten ist am 1. Mai amtlich thätig gewesen und erhält dafür ein Geschenk seitens eines Verbandes von Privatpersonen, und zwar mit Wissen und unter thätiger Beihilfe des höchsten Polizeibeamten. Nun lautet der § 331 des Reichs-Strafgesetzbuches: „Ein Beamter, welcher für eine in sein Amt einschlagende, an sich nicht pflichtwidrige Handlung Geschenke oder andere Vortheile annimmt, fordert oder sich versprechen läßt, wird mit Geldstrafe bis zu 300 M oder mit Gefängniß bis zu 6 Monaten bestraft.“

Der bekannte Strafrechtslehrer Oppenhoff bemerkt in seinem Kommentar zu § 331 noch ausdrücklich, daß die Zustimmung des Amtsvorgesetzten die Strafbarkeit des Beamten nicht ausschließt. Die kgl. Staatsanwaltschaft wird ja von dem, schon heute den allgemeinen Gesprächsstoff bildenden Inhalte der Publikation sicherlich Kenntniß erhalten und, da eine Strafverfolgung wegen Vergehens gegen § 331 St.-G.-B. vom Vorhandensein eines formellen Strafantrages nicht abhängt, Stellung zu der Frage nehmen, ob die Annahme des Kühnemann'schen Geschenke unter § 331 fällt oder nicht. Damit indeß dürfte es gute Wege haben. Denn die Staatsanwaltschaft ist bekanntlich (nach einem Ausspruch des Herrn Prof. Oetli aus dem Anfang der 60er Jahre) das Instrument, durch welches die herrschende Gewalt über Recht und Gesetz, und über die sittliche Weltordnung sich erhebt. Und wo kein Staatsanwalt, da ist kein Richter!

### Reichstags-Briefe.

Berlin, 24. April 1891.

Von einem früheren Oberammergauer Christusbarseller wird erzählt, daß er, am Kreuze hängend, statt des jedem Christen bekannten Stoßseufzers: „Es ist vollbracht“ gerufen habe: „Es ist prachtvoll“. In derselben Stimmung ungefähr wie der biedere Hochländer, der den Erlöser imitierte, befand sich gestern Nachmittag der Reichstag, als der be-„ruhigende“ § 153 erledigt und damit die zweite Lesung des „berühmten“ Arbeiter-„Schutz“gesetzes so gut wie beendet war. Denn was sonst noch an drum und dran hängenden Bestimmungen zu berathen war, ist von untergeordneter Bedeutung. Und beide Personen aus dem Passionspiel sind richtig: es ist vollbracht, und es ist prachtvoll.

Ein „Stück Arbeit, wie unser Freund Ignaz Auer sagt, war es in der That, dieses Gesetz zu Ende zu herathen, und nun es vollbracht ist und man sich die Arbeit befließt, kann man allerdings sagen: 's ist „prachtvoll“! „Prachtvoll!“ Ja, ein prachtvolleres Stück gesetzgeberischer Arbeit ist noch nicht leicht geleistet worden, als diese Novelle zur Gewerbeordnung, die man sich nicht scheut, ein Arbeiter-„Schutzgesetz“ zu nennen!

Aber, man muß wirklich die Herren Gesetzgeber von den Majoritätsparteien und die Herren Fabrikanten und die „Herren“ von der Presse erst um Entschuldigung bitten, wenn man sich erlaubt, dieses „bedeutende“ Werk „deutscher“ Gesetzgebung einer Kritik zu unterziehen. Ist es doch in ihren Augen — wie sie wenigstens Uneingeweihten weiß machen wollen — das Bedeutendste, was zu irgend einer Zeit von irgend einer Nation auf irgend einem reformatorischen Gebiete geleistet worden ist, und ist es doch daher die pure sozialdemokratische Niedertrachtigkeit, die nicht zugeben will, daß durch dieses famose Gesetz in Deutschland die soziale Frage zu 99/10 Prozent gelöst wird! Nimmt man jetzt ein steiflein-konservatives oder karrillbrüderlich-nationalliberales oder hirsch-gutfließ-freistimmiges oder hügig-ultramontanes Blatt zur Hand, so kann man in all' diesen edlen Papieren das Lied in verschiedenen Variationen vorgetragen finden, daß die Sozialdemokraten sich „riesig ärgern“ über den „enormen Fortschritt“ der deutschen Sozialgesetzgebung; daß sie das Zustandekommen dieses außerordentlich arbeiterfreundlichen Gesetzes hindern wollten, weil „ihre Weizen doch nur blühe“, wenn es den Arbeitern schlecht geht, und daß all' die großartigen Verbesserungen ihrer Lage die deutschen Arbeiter nur den „staatserkhaltenden Elementen“, gegen den Willen der Sozialdemokraten, zu verdanken hätten!

Es hieße die Leser der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ geradezu beleidigen, wollte man auf den infamen Blödsinn und die blödsinnige Infamie eingehen, die in diesen wahnwitzigen Beschuldigungen enthalten sind. Also weil die Vertreter der Arbeiter-Interessen im Reichstage — und das sind trotz aller Hartmann-Deuschner'schen Widersprüche allein die Sozialdemokraten — sich und der deutschen Arbeiterklasse kein Talmt für dächt's Gold aufhängen lassen, weil sie nicht die Lohninbehaltungen nach § 119a, nicht die „Kontraktbruch-Buße“ nach § 125, laut welchem ein Nachweis erlittenen Schadens nicht nötig ist, um den Arbeiter um einen sauer verdienten Wochenlohn „gesetzlicher Weise“ bringen zu können, nicht die Verschlechterungen der Fortbildungsschul-Verhältnisse, nicht die Kaufschubbestimmungen über Arbeitsordnungen nach § 134a bis 134g, nicht den Quambug

der fakultativen Arbeiterausschüsse mit der Musterkarte von „Wahl“-Systemen, nicht die Ausbeutung der Kinder vom 18. Lebensjahre an nach § 185, nicht die Karratur eines Frauennormalarbeitertages nach § 187, nicht die die Ausnahme zur Regel erklärenden Bestimmungen der § 138a bis 139a, sondern einen wirklichen Normalarbeitstag für alle Arbeiter und gleiche Bestimmungen gegen die Beeinträchtigung des Koalitionsrechts für Arbeiter und Unternehmer verlangen: — deshalb sind die Sozialdemokraten „Feinde der Arbeiterschutzesgesetzgebung“! — — —

Wenn man die Verhandlungen während der jüngsten 3 Wochen, seit dem Wiederzusammentritt des Reichstags, aufmerksam verfolgt hat, so kann man — wenn man ehrlich sein will — nur den geradezu niederdrückenden Eindruck wiedergeben, den eine solche Art Gesetzgebung auf jeden wahren Volkstfreund machen muß. Bei jeder, auch der geringsten Kleinigkeit, die dem Unternehmertum nur die kleinste Einbuße hätte bringen können, wurde gefeilscht und gemäkelt, um das „Unheil“ von dem Haupte der unantastbaren Klasse abzuwenden — und zwar geschah dies stets mit rührendster Einmütigkeit fast sämtlicher Angehöriger der „staats-erhaltenden“ Parteien (wozu sich in wirtschaftlichen Fragen auch voll und ganz die Herren „Freisinnigen“ rechnen) — daß Einen der Gekel überwältigen konnte.

Und wenn Einer von der Gesellschaft entbebt hatte, daß in irgend einem verborgenen Winkel eines Paragraphen noch eine Wendung stecke, die geeignet wäre, der Arbeiterklasse einen sie „übermüthig machenden“ Vortheil zu bringen, da wurde sofort mit einem großen Aufwand von „sittlichem Pathos“ und der nöthigen Portion Heuchelei ein „Verbesserungs-Antrag“ begründet, der geeignet war, die „autoritätsuntergrabende“ Bestimmung mit Eleganz zu „eliminieren“.

Es ist selbstverständlich nicht meine Absicht, heute noch einmal die Paragraphen alle der Reihe nach einzeln vorzuführen und zu erzählen, was von den einzelnen Parteien und deren Wortführern dazu geäußert wurde. Es ist dies meinerseits schon des Ausführlichen bei der Berichterstattung über die Kommissionsverhandlungen geschehen und — das kann man ja zugestehen: recht viel schlechter, als er aus der Kommission hervorgegangen, ist der Entwurf ja im Plenum auch nicht mehr geworden. Nachdem die Buße für den sogenannten Kontraktbruch angenommen war, wonach die deutschen Arbeiter ihren Unternehmern künftig einen Wochenlohn als Vorschuß zu leisten haben, der ihnen konfisziert werden kann, wenn sie nicht im Sinne ihrer „Brodgeber“ artig sind, wurde sozialdemokratischer Seits, um diese neue Anebelung einigermaßen zu parieren, beantragt, nun die ganzen Bestimmungen über die Kündigungsfrist aufzuheben, da dieselbe nunmehr doch bloß noch den Zweck hat, die Bewegungsfreiheit der Arbeiter zu hindern und oben erwähnten Vorschuß leichter in die Taschen des Unternehmertums zu dirigieren. Bei Gelegenheit dieser Berathung konnte man so recht die Scheinheiligkeit der Bourgeoisie kennen lernen. Aller Mund floss über von dem „sittlichen Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ und selbst der Gewervereinschirch, der im großen Ganzen bei diesen Debatten sich nicht ganz schlecht benommen hat, konnte nicht umhin, mit in diese durchlöchernte Posaune zu blasen. Schade, daß er nicht schon bei Jericho mit dabei gewesen ist! Und schade, daß er da den „Regulator“, das Organ „seiner“ Maschinenbauer, noch nicht gelesen hatte, der sich voll und ganz auf den Boden

des sozialdemokratischen Antrages stellte. Die Enthüllungen über das verbrecherische Treiben gewisser Metall-Industrieller haben inzwischen ja auch reichlich Licht darüber verbreitet, in welchem Zusammenhang dieses vielgepriesene „sittliche Verhältnis“ mit der Wirklichkeit steht. Von den Vertretern der Arbeiter wurde bei jeder Gelegenheit das Unternehmertum unter die Nase gerieben, sehr zum Unbehagen der Herren und der Regierung. Glücklicher Weise kamen den hart Bedrängten zu wiederholten Malen die Präsidenten zu Hilfe, welche fanden, daß die Besprechung des Komplotts „nicht zur Sache“ gehöre! —

Besonders hartnäckige Kämpfe verursachten der § 125, bei dessen Berathung Bebel eine geradezu brillante Rede hielt, die Paragraphen über Kinder- und Frauenarbeit, und der von den Sozialdemokraten wieder eingebrachte Antrag auf Einfügung eines neuen § 136a, durch welchen der gesetzliche Maximalarbeitstag mit den Abstufungen von 10 auf 9 und schließlich auf 8 Stunden stipuliert werden sollte. Der Kampf um den gesetzlichen Arbeitstag, in welchem namentlich Grillenberger und Auer den sozialdemokratischen Standpunkt verfolgten, währte zwei Tage. Beendet hat er selbstredend mit der Niederlage der Arbeiterpartei. Eine heitere Episode eignete sich dabei. Der Silber-Deuschner von Giesleben, dem der „Segen des Mansfelder Bergbaus“ in unverlöschlichen Farben in's Antlitz gemalt ist, vermaß sich, bei dieser Gelegenheit gegen die Verkürzung der Arbeitszeit zu eifern, weil dadurch die Arbeiter nur veranlaßt würden, in schlechte, dunstige Kneipen zu gehen und dort schlechten Schnaps zu trinken. Für diese Ungezogenheit wurde dem seine Reden ableisenden Herrn von unserm Genossen Auer unter fast allseitiger Heiterkeit gebührend heimgelächelt; das rothsporndurchgeleitete Gesicht des Bergwerks-Paschas wurde dabei länger und länger und er — der, so weit man, ohne näher eingeweiht zu sein, beurtheilen kann, einer der hervorragendsten Verehrer des Gottes Alkohol zu sein scheint — wird wohl so bald nicht wieder den Mund in dieser Richtung aufreißen.

Die erbärmlichste Rolle spielte in diesen letzten Tagen das Zentrum. Früher hatte dasselbe für den zehn-stündigen Arbeitstag der Frauen und für den allgemeinen elfstündigen Arbeitstag gestimmt. Jetzt, da diese Anträge zur Annahme gelangt wären, wenn es sie aufrecht erhalten hätte, zog es dieselben zurück, resp. stimmte gegen dieselben, unter Abgabe einer nichts-sagenden Erklärung, daß es „seinen prinzipiellen Standpunkt festhalte“ (!), aber „zur Zeit“ nach den Erklärungen der Regierung, daß diese mit dem Normalarbeitstag das Gesetz nicht annehmen werde, darauf verzichte, diesem „prinzipiellen Standpunkt“ auch zur praktischen Durchführung zu verhelfen! Glende Spiegelfechtere!

Ebenfalls einen zweitägigen Kampf rief der vielgenannte § 153 hervor. Zwar hatte die Kommission die Regierungsvorlage mit der Forderung, die Aufforderung zum Streik mittelst „Kontraktbruch“ ganz drakonisch zu bestrafen, abgelehnt. Aber die Regierung bestand darauf, daß es notwendig sei, durch diese Verschärfung von § 153 das Koalitionsrecht zu „korrigieren.“ Die Sozialdemokraten dagegen beantragten, dem Wortlaut des jetzigen § 153, nach welchem Arbeiter bestraft werden, welche durch Drohungen, „Ehrverletzung“ u. ihre Kollegen zwingen wollen, an Streikverabredungen u. s. w. Theil zu nehmen, eine Bestimmung hinzuzufügen, nach welcher der gleichen Strafe solche Unternehmer unterliegen

Sollen, die ihre Arbeiter durch Zwang z. a. halten wollen, an solchen Verabredungen und an den Organisationen ihrer Kameraden sich zu beteiligen.

Der preussische Handelsminister, der optischste Weise in der ersten Zeit seines Auftretens für einen Freund der freien Arbeiter-Organisationen gehalten worden war, verteidigte mit Böwenmuth die reaktionäre Regierungsvorlage, dabei versichernd, es sei seitens der Regierungen gar nicht auf die Beschränkung der Koalitionsfreiheit, sondern nur darauf abgesehen, die „arbeitswilligen“ Arbeiter bei Streiks vor gewalthätigen Zumuthungen ihrer rüstständigen Kameraden zu „schützen“! Debel, Liebknecht und Singer verfolgten die Arbeiterforderung gegenüber den Hartmännern, Kardorffs und Konforten.

Das Ende vom Liede war, daß es mit den buchstäblichen Bestimmungen über das Koalitionsrecht beim Alten, d. h. beim bisherigen Wortlaut des § 158 verbleibt, und daß in der Praxis nach wie vor Unternehmer und Polizei ebenso hantieren können wie früher. Die Enthüllungen über das Komplott haben demnach wenigstens bewirkt, daß es nicht, wie beabsichtigt war, noch schlimmer geworden ist.

Das war das Ende der zweiten Befugung. Welche Verbesserungen die dritte noch bringen wird, kann man heute noch nicht sagen. Die Vorhut des Proletariats wird auf dem Posten sein.

An die Klempner (Spengler) Deutschlands.

Kollegen! Wie Ihr aus dem Aufruf der Vertrauensmänner der Metallarbeiter Deutschlands in der Metallarbeiter-Zeitung erfahren haben werdet, ist der diesjährige allgemeine Metallarbeiter-Kongress zum 1. Juni nach Frankfurt a. M. einberufen worden. Wichtig mit diesem sind (ganz wie im vorigen Jahre in Weimar) Spezialkongresse der verschiedenen Branchen in Aussicht genommen und wird demgemäß der

Spezial-Kongress der Klempner (Spengler)

am 2. Sept. 8. Juni ebenfalls stattfinden. Zweck dieser sämtlichen Kongresse ist, Beratung und Beschlußfassung über die Befestigung der Organisationsform für die nächste Zukunft, und lautet daher die Tagesordnung auch für den Klempner-(Spengler-)Kongress:

In welcher Weise organisieren wir uns?

Wenn ich es bisher, trotz mehrfacher Anfragen und Prokolationen sorgfältig erwogen habe, mich über meine Ansichten über die Organisationsform öffentlich zu äußern, so geschah dies aus folgenden Gründen: 1) wollte ich die Kollegen in keiner Weise beeinflussen, sondern sie veranlassen, ihre eigenen Erfahrungen auf diesem Gebiete zu Rathe zu ziehen und selbständig zu entscheiden; und 2) weil mir bekannt war, daß die in Bezug auf diese Frage nach jeder Richtung hin gewiß als völlig unparteiische „General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands“ eine Resolution vorbereitet, worin die Anschauungen der Vertreter der verschiedensten Organisationsformen zum Ausdruck gelangen würden.

Diese Resolution liegt nun vor und wird den Vorständen der einzelnen Fachvereine bereits zugegangen sein. Es wird den Kollegen leicht sein, auf Grund dieser Resolution und unter Zuhilfenahme der eigenen Erfahrungen, bestimmte Beschlüsse zu fassen, womit sie ihre Delegirten auszurüsten vermögen.

Es ist nunmehr noch darauf hinzuweisen, daß zu dem Kongress der Klempner (Spengler) nur solche Kollegen Zutritt haben, welche in öffentlichen Klempner-(Spengler-)Versammlungen, die zu diesem ausgeprochenen Zweck einberufen sind, gewählt wurden.

Das zur Versendung gelangte Mandat-Formular ist von dem Bureau der öffentlichen Wahlversammlung auszufüllen und zu unterzeichnen.

In der Hoffnung und mit dem innigsten Wunsche, daß es nun endlich gelingen möge, eine Uebervereinbarung in Bezug auf die Organisationsfrage unter sämtlichen Metallarbeitern Deutschlands zu erzielen, schließt mit kollegialem Gruß

Hamburg, 25. April 1891.

Vertrauensmann der Klempner (Spengler) Deutschlands.

Bericht

über die Verhandlungen der Bezirks-Konferenz der hessischen Metallarbeiter am 26. April in Mainz.

Der Bezirks-Vertrauensmann Schlicke eröffnete dieselbe Vormittags 9 Uhr. Die prägnanteste ergibt die Anwesenheit von 89 Delegirten, die 16 Orte vertreten und zwar: die Metallarbeiter von Frankfurt, Mainz, Darmstadt, Eberstadt, Höchst, Oberursel, Homburg, Offenbach, Sossenheim, Wiesbaden, Hanau, Feschenheim, Bodenheim, Bornheim, Gießen; die Spengler von Frankfurt, Mainz, Wiesbaden, Hanau; die Former von Offenbach, Worms; die Neuwerker von Frankfurt und die Metallarbeiter von Offenbach. Das Bureau wird gebildet aus Schlicke (Frankfurt) und Wollstadt (Mainz) als Vorsitzenden, Veitner und Hausmann als Schriftführern. Nach einer Debatte über die Tagesordnung wird dieselbe folgendermaßen genehmigt: 1) Bericht des Bezirksvertrauensmannes. 2) Stellungnahme zum allgemeinen Metallarbeiter-Kongress. 3) Regelung der Vertretung auf demselben. 4) Gewalige Uebergangsbestimmungen. 5) Verschiedenes.

Der Bezirks-Vertrauensmann bedauert, einen genauen Bericht über die Wanderunterstützung nicht geben zu können und beschränkt sich auf die Mitteilung, daß der Stand der Kasse gegen früher, als auf der letzten Konferenz, ein günstigerer sei. Er spricht den Wunsch aus, daß die einzelnen Orte früher ihre Abrechnung fertig stellen, damit ein genauer Bericht möglich würde.

Die Diskussion über den Bericht beschränkt sich auf einige Beschwerden über die Unachtsamkeit der Vertrauensleute verschiedener Orte in Bezug auf Reiseunterstützung.

Zum 2. Punkt bemerkt Schlicke, daß die Konferenz in Offenbach die Stellung des Bezirks zur allgemeinen Metallarbeiter Union bereits präfixirt habe in ihrer Aufforderung an die Vertrauensmänner Deutschlands, es handle sich nur noch darum, wie die Union zu gestalten sei.

Berger (Frankfurt a. M. (Mechaniker) spricht sich dahin aus, daß die Branchen höchstens am Orte noch ein Interesse daran haben könnten, sich besonders zu organisieren, daß aber centralisirte Sektionen neben der Union ganz ausgeschlossen seien. In demselben Sinne sprachen sich eine Reihe Kollegen aus, worunter Danges (Offenbach (Metallarbeiter) sich scharf gegen Schwarz und Grenz wendet und summarisch alle Gründe gegen Branchenzentralisation in's Feld führt. Gummel (Frankfurt (Metallarbeiter) sieht in der nach den Vorschlägen von Grenz und Schwarz projektierten Organisationsform einen komplizierten Apparat, der an jeder inneren Unmöglichkeit scheitern würde, ein fortwährender Kompetenzstreit zwischen den einzelnen Branchen vorhänden wäre unvermeidlich und ein ewiger Gemaisch für die Bewegung. Krämer (Frankfurt a. M. (Metallarbeiter) motivirt eingehend die von ihm gestellte Resolution:

„Die heute in Mainz tagende Bezirks-Konferenz der Metallarbeiter aller Branchen von Hessen, Hessen-Rassau und Frankfurt a. M. nebst Ungegend erklärt sich entschieden gegen jede Fachzentralisation und wünscht die zukünftige Fachorganisation so gestaltet, daß jede Branchen-Bereinigung eine direkte Zahlstelle der allgemeinen Union darstellt.“

Wenn für die vorhandenen Branchenzentralisationen vorläufig noch ein Bedürfnis vorhanden sein sollte, so will Krämer dieses berücksichtigt haben in dem Sinne, daß die betreffenden Organisationen ihre Aufsichtung selbst zu bestimmen hätten. Im Allgemeinen sprechen sich alle Delegirten streng gegen Branchenzentralisationen aus. Die gesamte Verwaltung müsse in der allgemeinen Metallarbeiter-Union vereinigt werden. Bischer (Offenbach (Former) verteidigt Grenz und Schwarz, sie hätten nur ihr gutes Recht beansprucht und ihre Meinung ausgesprochen, aber sie werden sich jedenfalls den Beschlüssen des Frankfurter Kongresses fügen. Heine (Frankfurt (Spengler) glaubt durch gute Erfahrungen in der Praxis mit Branchenvereinen diese vertheidigen zu können, ist jedoch mit dem Anschluß derselben an die Union einverstanden.

Die Resolution Krämer wird sodann mit allen Stimmen angenommen, ohne Enthaltung. Schlicke betrachtet die lokale Branchenzentralisation nur als eine Vorstufe zur Vereinerung der Kollegen zur allgemeinen Organisationsform.

Sodann tritt die Konferenz in die Beratung des Statuten-Entwurfs der Union ein. Auf Antrag Berger's wünscht die Konferenz in § 1 statt „Gewerkschaften“ Branchen gesetzt, weil eine Gewerkschaft neben der Union unentbehrlich sei. Krämer regt an, daß in Folge der neueren gesetzlichen Bestimmungen über die Bestrafung des Kontraktbruchs die Forderungen auf Aufhebung der Kündigungsfrist und der Entlassungsschneide in das Statut der Union aufgenommen werden müssen und behält sich einen diesbezüglichen Antrag auf dem allge-

meinen Kongress vor. Zu § 4 beantragte derselbe, einen wöchentlichen Beitrag von 25 Pf. und ein Beitragsgeld von 40 Pf. mit der Motivirung, daß die erste Bedingung der Organisation ihre Leistungsfähigkeit und die erste Bedingung der Leistungsfähigkeit genügende Geldmittel seien. Es sei von vornherein ein Fehler der Gründer der Gewerkschaften gewesen, daß sie in dieser Beziehung die Metallarbeiter durch niedrige Beiträge verhöhnt hätten. Ebenso tritt Berger lebhaft für eine Erhöhung der Beitragspflichten ein, indem er das Beispiel der englischen Metallarbeiter anführt, die wöchentlich 1 Pf. bezahlen. Die Konferenz beschließt 20 Pf. wöchentlichen Beitrag zu beantragen.

Wesentliche Aenderungen des Statuts beantragt die Konferenz noch in Bezug auf die Geschäftsleitung; sie soll aus 9 Mitgliedern mit möglichster Berücksichtigung der Branchen bestehen. Die nach Ansicht des Antragstellers Gummel ungeheuerlichen Bestimmungen des § 10 Abs. 9 und 10 sollen gestrichen werden. Man soll es den Mitgliedern der Geschäftsleitung nicht ausbriquemachen oder ihnen gar Gelegenheit bieten, eine unliebsame Verantwortung auf einen Dritten abzumwälzen.

Zur Organisationsfrage beantragt die Konferenz als § 21: „Alle auf die Union bezüglichen Bekanntmachungen, Aufforderungen und Einladungen erfolgen bis zu anderweitiger Beschlußnahme der General-Versammlung durch die obligatorisch eingeführte „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“. Die örtlichen Verwaltungsstellen sind verpflichtet, ein Exemplar jeder Nummer auszubehalten.“

Zu § 6 beantragt die Konferenz, daß Arbeitslosen, deren familiäre Verhältnisse eine Ortsveränderung erschweren, eine Arbeitslosenunterstützung in der Höhe der in § 5 festgesetzten Reiseunterstützung gewährt wird.

Krämer stellt noch zum Schluß den Antrag, daß es, um die Union nicht an der Klype des Vereinsgesetzes scheitern zu lassen, notwendig sei, im Statut auszusprechen, daß die Union kein Verband von Sektionen, sondern ein Verband einzelner Mitglieder sei. Die Mehrheit hält jedoch diesen Zusatz, als bereits im Statut ausgesprochen, für unnötig. Sodann stimmt die Konferenz im Allgemeinen dem Entwurf zu.

Zur einheitlichen Regelung der Vertretung des Bezirks zum allgemeinen Kongress in Frankfurt beschließt die Konferenz, den Bezirk durch 11 Delegirte vertreten zu lassen, die Kosten gemeinsam aufzubringen, und den Bezirk in 11 Wahlkreise zu theilen, von denen jeder einen Delegirten zu entsenden hat, der in öffentlichen Versammlungen der betreffenden Orte zu wählen ist. Die Wahlkreise sind folgende:

- Allg. Metall-Arbeiter. 1) Bodenheim. 2) Bornheim und Frankfurt a. M. 3) Darmstadt. 4) Darmstadt, Eberstadt, Griesheim, Vangen, Wülfelstadt. 5) Offenbach. 6) Offenbach, Feschenheim, Hanau, Gießen. 7) Höchst, Homburg, Oberursel, Sossenheim. 8) Mainz, Wiesbaden.

- Branchen. 9) Spengler von Frankfurt, Mainz, Gießen, Hanau, Wiesbaden. 10) Former von Offenbach und Worms. 11) Diverse: Mechaniker, Schmiede zc. von Frankfurt, Bodenheim, Wiesbaden. — Außerdem wurde der Vertrauensmann des Bezirks, Kollege Schlicke, direkt von der Bezirks-Konferenz als Vertreter zum allgemeinen Kongress gewählt.

Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden und einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung schloß die Konferenz nach 7 Uhr.

Erklärung.

Der Bericht der Metallarbeiter in Offenbach in Nr. 17 der Metallarbeiter-Zeitung nötigt mich zu folgender Erklärung:

1) Stehe ich voll und ganz auf dem Boden der Beschlüsse der Vertrauensmänner-Konferenz vom 22. März d. J. in Braunschweig und derjenigen der „General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands.“

2) Ist es für mich gleichgültig, ob eine „Union“ mit Branchenzentralisation oder ein „Allg. Metallarbeiter Verband“ aus den Beschlüssen des Kongresses hervorgeht, und daher die Annahme, daß ich mein „Stedenpferd“ in bereits längst ausgefahrenen „Geleisen“ weiterreite, eine wüßige ist.

3) Nicht mein Plan erscheint „wertwürdig“, sondern der Plan der Vertrauensmänner erscheint den Offenbachern ein wertwürdiges.

4) Werde ich in keiner Metallarbeiter-Versammlung mehr über die Organisationsfrage und den Kongress sprechen und zwar im Hinblick auf die dem Offenbacher Bericht beigelegte über die Beschlüsse der Vertrauensmänner hinweggehende reaktionelle Notiz, die danach angeht, eine ruhige und sach-

liche Diskussion der Frage von vornherein zu hindern und

5) Da nach der Redaktion der „Metallarbeiter-Zeitung“ „gar kein Grund vorhanden ist, daß die von Schwarz geschilderte“ — und von den Vertrauensmännern vorgeschlagene — „Organisation angenommen wird“ erkläre ich: kein Mandat zum Kongress anzunehmen, denselben nur in meiner Eigenschaft als Vertrauensmann zu besuchen, damit verhindert werde, daß durch mein Eingreifen in die Debatte vielleicht ein Zustand geschaffen wird, dessen „Verwirklichung“ an der „Unausführbarkeit“ scheitern müßte.

Berlin, 25. April 1891.

Theodor Schwarz, Vertrauensmann der Eisen- u. Metallgießer.

Wir sind außer Stande, diese Erklärung tragisch zu nehmen, unsererseits wird daher in aller Freundschaft dazu bemerkt:

1) Daß die Beschlüsse der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands in Bezug auf die Organisationsfrage für die Metallarbeiter keine bindende Kraft haben, sie können solche erst erlangen, wenn sie der allg. Gewerkschafts-Kongress atzeptirt. Die Beschlüsse dieses Kongresses können sich aber nur darauf erstrecken, die organische Verbindung der einzelnen bereits existirenden Gewerkschaften herzustellen. Wie sich die einzelnen Gewerkschaften zu organisiren haben, darüber steht einzig und allein diesen selbst die Entscheidung zu, sie sind darin souverän, also auch die Metallarbeiter.

2) Daß in dem vorberichtigten Organisations-Entwurf der Metallarbeiter-Union mit keinem Worte von Fachzentralisation die Rede ist. Nach unserer Auffassung ist der Entwurf mit den nöthigen Aenderungen nur brauchbar für eine allg. Union mit örtlichen Fachsektionen und allenfalls für Fachzentralisationen, keinesfalls aber für eine Union, wie Genosse Schwarz sich dieselbe vorstellt. Bei einer Union im letzteren Sinne wäre für jede Fachzentralisation ein eigenes Statut zu schaffen und für die „Union“ ein besonderes, welches das Verhältnis der Fachzentralisationen zu einander regelt. Das selbe könnte sehr kurz gefaßt sein.

3) Nach eventueller Gründung von Fachzentralisationen, woran Niemand gehindert werden kann, wenn die Majorität der betr. Delegirten dies will, halten wir aber eine „Metallarbeiter-Union“ im Sinne von Schwarz für vollkommen überflüssig; den Ersatz bietet uns die allgemeine Arbeiter-Union, welche auf dem nächsten Gewerkschaftskongresse geschaffen werden soll. Denn wenn die gewerblichen Interessen der verschiedenen Branchen nicht so verwandt sind, daß sie unter einer Zentralleitung gewahrt werden können, dann werden sie auch nicht verwandt durch Schaffung einer Union mit Fachzentralisationen.

4) Wenn Genosse Schwarz das Recht für sich beansprucht, seine Ideen für ausführbar zu halten, so beanspruchen wir nicht minder das Recht, das Gegentheil zu behaupten. Da unsere reaktionäre Bemerkung zur Offenbacher Korrespondenz rein sachlich ist, so wessen wir die Unterstellung, als ob wir eine ruhige und sachliche Diskussion verhinderten, ebenso höflich als bestimmt zurück. Wenn in der „Metallarbeiter-Zeitung“ Angriffe wie die von Offenbach kommen, die nach unserer Meinung die Grenzen einer berechtigten Kritik nicht überschreiten, wenn sie auch mit etwas atischem Salz gewürzt sind, so trägt Genosse Schwarz selbst daran Schuld, indem seine Stellung zur Organisationsfrage keine konsequente ist. Beweis: sein Aufruf in Nummer 12; ferner: in Versammlungen tritt er für Fachzentralisation zc. ein, hier erklärt er, es ist ihm gleichgültig, was beschlossen wird. — Was das „Stedenpferd“ u. s. w. betrifft, so geben wir zu bedenken: Man erklärt fortwährend, „die Arbeiter seien noch nicht reif für eine allgemeine Organisation“, oder „es sei die Gründung einer Union noch verfrüht“ — Aeußerungen, die doch in hohem Grade verlegend für diejenigen Genossen sind, die eine andere Meinung haben. Was Wunder nun, wenn die und da einer seinem Unmuth über solche, seiner Ansicht nach ungerechtfertigte, Behauptungen in einer nicht Jedem genehmen Form Luft macht. Und man wollte es für gerechtfertigt halten, daß wir solche Einsendungen nicht aufnehmen?

5) Daß wir die Flinte nicht in's Korn werfen und uns in den Schmolzwinkel zurückziehen werden, wenn uns mal etwas nicht nach unserem Kopf geht, sondern daß wir unsre bescheldene Kraft einzusetzen werden, um für die Metallarbeiter etwas Gespriechliches, Zweckentsprechendes zu schaffen. — So sehr wir noch Belehrungen über deutsche Sprache zc. zugänglich sind, müssen wir doch bemerken, daß das von Schwarz am Schluß beiliebte „Wortspiel“ angesichts des Sinnes unseres Ausdrucks nur eine willkürliche Kombination von ihm selbst ist.

Die Redaktion.

# Korrespondenzen.

## Dreher.

**Berlin.** Am 12. April hielt der Verein der Eisen- und Metallarbeiter unter Vorsitz des Kollegen Machagky seine ordentliche Versammlung im Saale der „Norddeutschen Brauerei“ ab. Zum 1. Punkt: Vortrag über die Ziele der Sozialdemokratie und die Gewerkschafts-Organisation“ referierte an Stelle des verhinderten Dr. Büttgenau unter großem Beifall Genosse Wach. In der Diskussion sprachen im Sinne des Referenten die Kollegen Unger, Wiesholt und Sikorsky. Zu Vereinsangelegenheiten stellte der Vorstand den Antrag, einen Kollegen, der noch heute unter den Nachwehen des Sozialisten-Gewehrs zu leiden habe, mit 50 M. zu unterstützen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Unter Verschiedenem wurden die in der Bernsteinschen Broschüre über den Verband der Berliner Metall-Industriellen enthaltenen Thatsachen einer hernichtenden Kritik unterworfen. Auf eine Anfrage, wie sich der Verein zur Kassefester stelle, rief der Vorsitzende den Kollegen, um durch große Versammlungen einen nachhaltigen Eindruck hervorzubringen, von einzelnen Branchen-Versammlungen abzusehen und sich entweder an der großen allgemeinen Metallarbeiter-Versammlung oder eventuell an den Versammlungen der einzelnen Wahlkreise zu beteiligen. Zum Schluss forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, sich zu Ehren Ferd. Lassalle's, dessen Geburtstag heute sei, von den Plätzen zu erheben, was einmütig geschah. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde hierauf die Versammlung geschlossen. Anweisung zur Erhebung der Reiseunterstützung von 1,50 kann beim 1. Vorsitzenden Wih. Machagky, Berlin N. 89, Hochstr. 2, v. 1V, in Empfang genommen werden. Der Verein zählt zur Zeit 588 zahlende Mitglieder.

**Hamburg.** Der Fachverein der Metallarbeiter hielt am 17. April seine Generalversammlung im Lokale des Herrn Klages ab. Die Abrechnung vom 1. Quartal ergab eine Einnahme von 148,95, eine Ausgabe von 146,55, mithin einen Restbestand von 2,40. Die Abrechnung vom Streik in der Fabrik von E. Wülbner ergab eine Einnahme auf Sammelbogen von 157,10, eine Ausgabe von 151,10, mithin Ueberschuss 6. Beim Streik in der Fabrik von Wepentarp u. Pieper war eine Einnahme auf Sammelbogen von 289,85 und 9 Extramarken à 50 = gleich 4,50 zu verzeichnen, dem eine Ausgabe von 241,35 gegenübersteht; Ueberschuss 82,50. Die Abrechnungen wurden genehmigt. Betreffs der Kontrolle über den am 1. Mai abzugebenden Vierteltagelohn wurde beschlossen: „Diejenigen Mitglieder, welche wöchentlich unter 20 M. verdienen, haben eine der von der General-Kommission zu diesem Zwecke ausgegebenen Marken zu 75 =, diejenigen, welche über 20 M. verdienen eine solche zu 1 M. zu lösen und dieselbe auf die Mitgliederkarte zu kleben. Bis Ende Mai muß jedes Mitglied, ausgenommen diejenigen, welche nachweisen können, daß sie während dieser Zeit arbeitslos waren, im Besitze einer solchen Marke sein. Ferner wurde eine Kommission von 8 Mann gewählt, welche für die Metallarbeiter ein Banner zur Demonstration am 8. Mai zu beschaffen hat. Alsdann hielt Winkelmann einen sehr interessanten Vortrag über die französische Revolution. Referent kam leider der vorgerückten Zeit halber nicht zum Schluß, erklärte sich jedoch bereit, den Vortrag in der nächsten Versammlung fortzusetzen, was die Versammlung freudig begrüßte. Der letzte Punkt der Tagesordnung wurde dadurch erledigt, daß man ein Komitee aus 5 Personen wählte, welches ein Sommervergnügen veranstalten soll.

## Former.

**Halle a. S.** Der Streik der Former bei Payland u. Ungeand dauert unverändert fort. Bezug ist ferngehalten.  
\* Wir erhalten aus Sangerhausen, d. d. 22. April 1891, folgende Berichtigung. In Nr. 15 Ihrer Zeitung vom 11. April befindet sich unter „Sangerhausen“ eine Notiz, die in allen ihren Theilen unrichtig und die zu schädigen uns geeignet ist. Baul Anlagen haben wir 50 Former, in Osen-Former geübt, gesucht. (Die Anlagen beständigen dies. Reb.) Es haben sich hierauf 11 Former gemeldet, von denen 4 Osenformer waren, die auch sofort von uns angestellt wurden und noch heute bei uns beschäftigt sind. Die übrigen 7 waren keine Osenformer und konnten, da wir überhaupt nur solche beschäftigen und gesucht hatten, naturgemäß keine Anstellung erhalten. Ferner sagt Ihr Artikel: „Die neue Oseperet wird erst in 4-6 Wochen fertig.“ Das ist ebenfalls falsch. Die neue Oseperet ist bereits seit dem 14. April in vollständigem Betrieb. Der Schluß Ihres Artikels warnt davor, bei uns Arbeit zu suchen. Jedem wir Ihnen die Thatsache der Unrichtigkeit Ihres Artikels

unterbreitet haben, erwarten wir von Ihrem Gerechtigkeitsempfinden, daß Sie die Rolle in allen Theilen in Ihrer geschätzten Zeitung richtig stellen. . . . Hochachtungsvoll Eisenwerk Barbarossa Aktien-Gesellschaft. W. Reidel.

**Hamburg.** Oeffentliche Versammlung der Former Hamburgs am 18. April. In derselben referierte Kollege Grenz über die politische und wirtschaftliche Lage der Arbeiter Deutschlands. Redner schilderte die wirtschaftlichen Verhältnisse der verschiedenen Länder Europas und der daraus hervorgehenden Gewerkschaftsbewegung. Betreffs der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist Redner der Meinung, daß die jetzigen Gewerkschafts-Organisationen nicht stark genug sind, den Arbeitgeber-Verbänden gegenüber mit Erfolg kämpfen zu können, um die Lage ihrer Mitglieder zu verbessern. Da nun unser größter Feind der indifferente Arbeiter ist, so ist es unsere Pflicht, die Form der Organisation so einzurichten, damit sich der indifferente Gewerkschaftsmitglied hingezogen fühlt. Auf Grund dieses ist Redner der Ansicht, einen Zentralverband der Formerlands in's Leben zu rufen. Was die Gründung einer Metallarbeiter-Union anbetrifft, so ist selbiger der Meinung, daß dieselbe noch verfrüht ist, da ein indifferenter Metallarbeiter noch nicht begreifen kann, wie es möglich ist, daß ein Schlosser die Interessen eines Formers vertreten kann und umgekehrt. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und wird nach wie vor der Ueberzeugung, daß unter den heutigen Verhältnissen Branchen-Zentralorganisation die vortheilhafteste ist. Und haben wir trotz Einwendungen der Berliner, sowie Magdeburger Kollegen in der „Metallarbeiter-Zeitung“ bis jetzt noch keine andere Ansicht gewinnen können.“ Als Delegirter zum Metallarbeiter-Kongress in Frankfurt wurde Kollege Müllinger einstimmig gewählt. Bei Verschiedenem wurde folgender Antrag angenommen: Die deutschen Former-Fachvereine werden ersucht, genau darauf zu achten, ob diejenigen Kollegen, welche von hier abreisen, ihren Pflichten als Fachvereinsmitglieder nachzukommen sind. Es ist jedes Fachvereinsmitglied verpflichtet, pro Woche 60 = Extra-Unterstützung zu zahlen und 15 = Fachvereins-Beitrag. Zu der Extra-Unterstützung sind Karten auszugeben, und bitten wir diejenigen Formern, welche in Hamburg gearbeitet haben und sich nicht durch obige Karte legitimiren können, das obige Geschenk nicht auszugeben.

**München.** Am 18. April fand im Gasthaus zum „Fischerwirth“ eine öffentliche Formerversammlung statt, in welcher Genosse Dreber aus Nürnberg über die Frage: Wie organisiren wir uns? in sachlicher und eingehender Weise referierte. Redner schilderte zunächst die Form der Organisation der Metallarbeiter seit der Auflösung der Metallarbeiter-Gewerkschaft und wies nach, wie in Folge des Sozialistengewehrs es möglich war, die Organisationen in ihren Bestrebungen vorübergehend zu schädigen. Die deutschen Metallarbeiter hätten nun in Völsche auf dem Kongress Gelegenheit, einen wichtigen Beschluß für die zukünftige Form der Organisation zu fassen. Redner kommt nun näher auf die Form der Organisation zu sprechen und ist der Meinung, daß es für die Metallarbeiter einen Rückschritt bedeuten würde, wenn dieselben die Fach-Zentralisation beschließen würden. Wenn von den Anhängern der Fachzentralisation gesagt würde, daß diese Fachzentralisationen gesamt einen „Verwaltungsrath“ der Metallarbeiter-Union wählen sollten, so wäre eine größere Vereinfachung nur der Theorie nach, auf dem Papier, aber nicht der Praxis nach geschaffen, indem die Fachzentralisationen vornehmlich die meisten Einnahmen für Verwaltungszwecke verschlingen würden. Anders sei es mit einer Union. In dieser könne besonders der Arbeitsschweiz und die Reise-Unterstützung gleichheitlich geregelt werden, was bei der Fachzentralisation schwieriger sei. Auch auf dem Parteitag u. Halle habe Genosse Grillenberger möglichst große Zentralisationen empfohlen und wolle man dem in Anbetracht der Unternehmer-Organisationen bestimmen. In der darauffolgenden Diskussion erklärte Stadelmann, welcher noch voriges Jahr auf dem Kongress die lokale Organisation vertreten, daß nunmehr dieselbe sich überlebt habe, ebenso die kleinen Zentralisationen, und empfiehlt deshalb die Vereinigung sämtlicher Metallarbeiter in einer Union. Kollege Springer erklärt unter Anderem, daß durch richtige Konzentration der Kräfte mehr geleistet werden könne und wünscht deshalb die Gründung einer allgemeinen Union. Ferner bezeichnet Redner die Gewerkschaftsorganisationen als eine Lebensfrage und bedauert er jeden Arbeiter, welcher dies nicht einsehen wolle. Für die allgemeine Union sprechen ferner noch Rod und Baumer; letzterer hält die Unternehmer für gute „Augenärzte“, da

sie durch ihre Handlungsweise den Arbeitern die Augen öffnen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Durchdringen von der Ueberzeugung, daß die lokale Organisationsform und die kleinen Zentralisationen dem Unternehmertum resp. deren Koalitionen nicht wirksam begegnen können, erklärt sich die heutige öffentliche Formerversammlung mit den Ausführungen des Herrn Karl Dreber einverstanden und beschließt die Versammlung, nur einen Delegirten nach Frankfurt zu senden, welcher für die Metallarbeiter-Union eintritt.“ Bei der darauffolgenden Delegirtenwahl wurde der Springer einstimmig gewählt. Als Vertrauensmann der Former für München wurde Stadelmann ebenfalls einstimmig gewählt und sind diesbezügliche Korrespondenzen an letzteren zu richten.

**Offenbach.** Am 12. April hielt der Former-Unterstützungs-Verein eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung ab. Nach Aufnahme von 5 neuen Mitgliedern wurde Kollege Woschert zum Bezirks-Kongress gewählt. Dann verlas der Vorsitzende eine Empfehlung von der Firma Barth u. Maier in Cannstatt betreffs des Former-Werkzeugs obiger Firma zu beziehen; Bestellungen sind bei Kollege Edenweber zu machen.

**Belchenbach i. V.** Der Formerunterstützungsverein hielt am 19. April eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung. Zum ersten Punkte hatte der Vorstand eine Aufforderung vorgelesen, wie und wo wir unser Werkzeug beziehen; es wurde von sämtlichen Anwesenden Grenz-Chemnitz vorgezogen. Dann stellte ein Mitglied den Antrag, eine Bibliothek zu schaffen, welche nach kurzer Debatte angenommen wurde. Als Bibliothekar wurde R. Segura gewählt. Es sprachen sich noch einige Redner darüber aus, wie sich unsere Kollegen dem Verein gegenüber verhalten. Es wurde Vereinsbeschluss, sämtliche Säumige in Versammlungen zur Rede zu stellen und Denjenigen, die ihren Verpflichtungen noch nicht nachkommen sind, eine schriftliche Aufforderung zuzulassen zu lassen und daß ev. statutengemäß gehandelt wird. Was unser Fremdgelohn betrifft, erhält jeder durchreisende Former, der 13 Wochen einer Organisation angehört und sich ordnungsgemäß abgemeldet hat, 50 = ausbezahlt. In der Herberge zur Heimath ist zu erfahren, von wem er es zu fordern hat.

**Wien.** Am 5. April hielt der Fachverein der Eisen- und Metallformer und deren Hilfsarbeiter für Niederösterreich in den „Drei Engel-Sälen“ seine außerordentliche Generalversammlung ab, um die gemäß den Beschlüssen des Brünner Metallarbeiter-Kongresses notwendig gewordenen Statutenänderungen vorzunehmen. Auf der Tagesordnung stand: 1) Die Bedeutung und Bestrebungen der Arbeiter, 2) Statutenänderung, 3) Sektionsberichte, 4) Vereins-Angelegenheiten, 5) Anträge und Anfragen. Zum 1. Punkte referierte Senksky als Gast in vortheilhafter Weise. Redner hebt hauptsächlich die Vortheile des Achtstundentages hervor, und erklärt, daß die Erringung desselben zunächst die Hauptbestrebung der Arbeiter sein müsse. Zum ersten Punkte sprachen noch Gellein, Wels und Opela. Besterer betonte, daß die vom Gewerkschaftsreferat im Interesse des Arbeiterschutzes angeordneten Einrichtungen gar nie, oder nicht vollständig von dem Unternehmer ausgeführt werden. Zum 2. Punkte referierte Bergauer in ausgezeichnete Weise über die Vortheile, welche die Mitglieder genießen werden, sobald diese Statutenänderung genehmigt wird. Es werden dem § 2 der Statuten folgende Punkte einzuverleihen sein: 1) die obligatorische Einführung der Fachzeitung, 2) die Errichtung von Ortsgruppen, 3) Unterstützung der Mitglieder zc. in außergewöhnlichen Fällen, 4) Verbindung mit anderen Vereinen gleicher Tendenz, behufs gegenseitiger Behandlung der von den Mitgliedern erworbenen Rechte. Suseke stellt den Antrag auf ein bloo-Annahme. Einstimmig angenommen. Der Restbestand beläuft sich auf fl. 769,43/2, die Gesamtmeinnahmen betragen seit 8. Dezember v. J. fl. 1047,64/2, die Gesamtausgaben fl. 778,11, davon auf Vereins-Inventar allein fl. 261. Ferner ist zu erwähnen, daß das Reinerträgnis vom Fest sich auf fl. 154 beläuft. Zum 5. Punkte, 1. Mal, sprachen Opela, Fortner, Suseke und Wimmer. Beppler ersucht zum Schluß, den „Oesterreichischen Metallarbeiter“ fleißig zu abonniren.

## Selbstecker und Gürtler.

**Hamburg.** Der Fachverein der Selbstecker und Gürtler hielt am 15. April eine Mitglieder-Versammlung ab. Bei dem Bericht über die Versammlung der Gewerkschafts-Delegirten wurde auf die Beschlüsse der letzten Versammlung betreffs Abgebens des Vierteltagelohns und Teilnahme an der Demonstration aufmerksam gemacht. Dann wurde mitgeteilt, daß zur Dedung der Kosten, welche durch die Veranstaltung des Unzuges entstehen, Karten à 10 = auszugeben werden, welcher Maßregel die Ver-

sammlung zustimmte und wurden die Mitglieder aufgefordert, dahin zu wirken, daß sämtliche in ihren Werkstätten beschäftigte Kollegen Theil nehmen. Hierauf folgte die Berechnung der freiwilligen Beiträge auf Listen, da dieselben nicht fortgesetzt werden, seitdem die Marken im Umlauf sind. Dann wurden zwei Redatoren an Stelle von solchen gewählt, welche ihren Pflichten nicht nachkamen. Ein eingegangenes Unterstützungsgesuch wurde der Unterstützungs-Kommission zur näheren Untersuchung überwiesen. Zum Schluß wurde beschlossen, statt der nächsten Mitglieder-Versammlung am 8. Mai eine öffentliche einzuberufen, um über die Bedeutung des allgemeinen Metallarbeiter-Kongresses zu sprechen.

**Münchberg.** Am 19. April fand im Saale des Cafés Merz eine öffentliche Versammlung der Roth- und Glodengleber-Gehilfen statt; welche trotz der vielen hier arbeitenden Gehilfen nur von 40 Mann besucht war. Die Tagesordnung war: Stellungnahme zum deutschen Metallarbeiter-Kongress in Frankfurt a. M. Der Referent Stücken führte aus, daß die Beschlüsse des Weimarer Kongresses nach den gemachten Erfahrungen unzureichend wären und den Erwartungen nicht entsprechen haben. Deshalb ist ein Kongress abermals einzuberufen, auf welchem eine neue Form der Organisation besprochen und gegründet werden soll. Die Frage sei nur das wie? Ob Branchenweise oder allgemeine Metallarbeiter-Union. Dieses sei Hauptaufgabe des Kongresses, daher solle man den Delegirten kein gebundenes Mandat geben. Redner tadelt dann noch das Vorgehen der Berliner. Als Delegirter wurde Carl Schaller gewählt.

## Klempner.

**Cassel.** Am 18. April hielt der hiesige Fachverein der Klempner eine ziemlich gut besuchte Mitglieder-Versammlung ab. Bevor zur Berathung der Tagesordnung geschritten wurde, machte der Vorsitzende bekannt, daß es uns nach langem Suchen endlich gelungen sei, ein Vereinslokal aufzutreiben, wo der Verein für längere Zeit seine früher regelmäßig abgehaltenen Versammlungen wieder eröffnen könne. — Wir wollen an diesem Plage eine kleine Schilderung geben, wie es in Cassel mit fast sämtlichen Fachvereinen steht, so auch mit unserem Verein. Fast seit Jahresfrist sind wir nicht mehr im Stande, unsere üblichen Mitglieder-Versammlungen abzuhalten. Die hiesigen Wirthe geben ihre Lokale einfach nicht zu Fachvereinsversammlungen her, unter der Motiortung, daß sie sich in solchem Falle die Polizeibehörde auf den Hals laden und großem Schaden ausgeföhrt wären. Leider haben wir nun zur Genüge erfahren, daß dieses auf Wahrheit beruht, indem man den Wirthen zunächst das Militär entzieht und ihnen bei der geringsten Gelegenheit Polizeistrafen zc. diktiert werden. Wir können folglich unsere Organisation durch das beste Schutzmittel nicht kräftigen. Dennoch haben wir unsere Vereinigung gemahrt, sobald wir den zureichenden Kollegen stets eine Reiseunterstützung von 75 = bewilligen konnten und auch alle anderen Anforderungen erfüllt haben. Oeffentliche Versammlungen gibt es hier überhaupt nicht mehr (sie mögen einen Namen haben wie sie wollen), selbst unter freiem Himmel sind sie neuerdings verboten worden. Zur Wahl eines Delegirten zum Metallarbeiter-Kongress hatten wir am 11. April eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung einzuberufen, wozu wir den Saal zum „Dunten Bod“ gemiethet hatten. Als jedoch die Versammlung stattfinden sollte, erklärte der Wirthe, daß er den Saal nicht öffnen wolle, er dürfe die Versammlung nicht abhalten lassen. Wer hierauf Schuld trägt, wird jeder begreifen können, und wir fragen uns: Wo bleibt da das Koalitions- und Versammlungsrecht, wenn man einen so gewaltigen Druck auf die Lokalbester ausübt? Nun, der Herr Kropf steht sich veranlaßt, aus seinem vor Kurzem neu erbauten Saal einen Lagerstuppen herzustellen, wie gen. Herr neuerdings erklärte, um so allen Unbehaglichkeiten zu entgegen. Allein die hiesige Sozialkommission hat bereits die Bierperre über das Lokal, sowohl wie über sämtliche Wirthe verhängt, welche Kropf'sches Bier beziehen und wird es die Zukunft lehren, ob Herr Kropf nicht besser gethan hätte, seinen Saal zu Versammlungen jeder Art herzugeben. Es wurde dieses Vorgehen noch von vielen der Anwesenden gerügt und wurde beschlossen, zur Tagesordnung überzugehen. Es ließen sich 2 Kollegen in den Verein aufnehmen. Zum 2. Punkt der Tagesordnung sprachen sich die meisten Kollegen für Branchen-Zentralisation aus, indem diese behaupteten, daß man in der Branchenzentralisation den Indifferentismus der Kollegen bedeutend besser beseitigen bzw. dieselben zur Organisation bekehren könne, wie dieses durch die allgemeine Union zu erlangen sei. Jedoch wolle man sich bei Beschlüssen des allgemeinen Metallarbeiter-Kongresses unterziehen, welches für uns heute die beste Organisation sein würde. Zu „Verschiedenem“ wählte Kollege

den Antrag, alle Kollegen, welche länger als ein Vierteljahr mit ihren Beiträgen verfallen sind, zu kündigen, indem man sehr konsequent handeln müsse, um zu sehen, wer trotz der vielen Hindernisse, welche uns bereitet werden, zur Sache bleibe. Krankheitsfälle z. B. sollten selbstverständlich ausgeschlossen sein. Der Antrag wurde angenommen. Ferner wurde auf Antrag des Kollegen Aderholz beschlossen, daß der oben gefasste Beschluß in der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht wird, damit die verfallenden Kollegen sich darnach richten könnten, ihre Beiträge zu erledigen. Nachdem der Vorst. die Kollegen ersuchte, nunmehr die Mitgliederbesammlungen stets zahlreich zu besuchen, um den Zweck und Nutzen der Organisation immer mehr zu würdigen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Hannau.** Der Fachverein der Spengler und Installateure hielt am 18. April seine ordentliche General-Versammlung ab. Die Einnahmen betragen inklusive altem Kassenbestand M 140,72, die Ausgaben M 81,26, Kassenbestand M 115,46. Kollege Georg Voigt erstattete Bericht, daß das Stiftungsfest einen sehr guten Verlauf nahm; es wurde eine Einnahme von M 87,40 erzielt, die Ausgabe ist M 69,20, bleibt Ueberschuß M 18,20. Der von Kollege Hau verfaßte Jahresbericht wurde mit der größten Aufmerksamkeit angehört. In den Vorstand wurden gewählt: als 1. Vorsitzender W. Amberg, als 2. Vorsitzender J. Seig, als 1. Schriftführer G. Hau, als 2. Schriftführer F. Nicolay, als Kassierer G. Voigt. Nach Aufnahme von 2 Mitgliedern wurde beschlossen, eine Bibliothek zu gründen. Alle Sendungen an W. Amberg, Baadergasse 1.

**Hamburg.** Fachverein der Klempner zc Generalversammlung am 14. April. Zunächst erfolgte die Vorlage der revidierten Abrechnung. Die Gesamteinnahme der drei Quartale beträgt M 4707,40. In der Ausgabe ist die Winterunterstützung verzeichnet mit M 817,25; gesammelte Ausgaben M 4626,78; Kassenbestand am 1. April M 866,42. Die Abrechnung wurde genehmigt. Es folgte der Statuten-Entwurf zur Anbahnung einer Metallarbeiter-Union. Bei der Abstimmung über die Fragen: Ist der Verein für eine Union, bestehend aus Sektionen, oder für eine Union, bestehend aus Fachverbänden, wurde die zweite Frage bejaht. Die Versammlung wünscht, daß für die deutschen Klempner und Installateure auf dem nächsten Kongress eine Fachzentralisation gebildet würde, die sich der zu bildenden Metallarbeiter-Union anschließen hat unter dem Namen: „Verband der Klempner und Installateure Deutschlands.“ Wird dieses verwirklicht, dann ist es Pflicht eines jeden Kollegen, mag er einem Fachverein, einem allgemeinen Metallarbeiter-Verein oder gar keinem Ortsverein angehören, bei der nächsten der einzurichtenden Zahlstellen sich in den Verband aufnehmen zu lassen. Jede örtliche Vereinigung übernimmt die Zahlstelle für den Verband; wo dieses gesetzlich nicht zulässig, da ist die Zahlstelle separat einzurichten. Die Verbandsbeiträge sind von den Ortsbeiträgen getrennt zu verwalten, um wechelseitigen Berechnungen auszuweichen. Mit den Verwaltungsangelegenheiten einer örtlichen Verwaltung anzuberaumen den Versammlungen sind öffentliche. Ob die Wanderunterstützung von der Union direkt oder durch die einzelnen Fachverbände geregelt wird, kann uns gleich bleiben. Hauptsache ist, daß die Verbandskollegen, wo sie hinkommen, geregelten drälligen Verhältnissen Rechnung tragen und der Verwaltung keine Schwierigkeiten bereiten. Damit wurde der Punkt vorläufig erledigt. Den Bericht über die am 9. April tagende Delegierten-Versammlung erstattete Bölling. Der Beschluß der Delegierten-Versammlung, daß nur diejenigen Vorkämpfer zu berücksichtigen sind, welche bei Bedarf den Arbeitsnachweis der Stellen veranlassen, wurde für richtig gehalten; bezugnehmend, daß nur diejenigen Stellen Trinkgelb gegeben wird, die dem Stellen-Verein angehören. Zur Reisekosten- und Abgabe eines Viertels des Lohnes wurde folgender Antrag angenommen: „Ein jedes Mitglied ist verpflichtet, ein Viertel von dem am 1. Mai verdienten Tagelohn zu opfern; die dafür in Empfang zu nehmende Quittungsmarkte ist, wenn möglich, bis zum 3. Mai, spätestens bis Ende Mai zu lösen und in die rote Karte einzulegen. Der obligatorische Mindestbeitrag von 5 M zur Deckung der Garantiesumme wurde auf Antrag bis auf Weiteres auf 3 M herabgesetzt; ein jedes Mitglied ist verpflichtet, diesen Beitrag durch Sammelmarkten à 50 P auf der roten Karte einzuzahlen und zwar bis Ende Juni. Wer dieses ohne genügenden Grund verweigert, geht der Mitgliedschaft verlustig. Betreffs der Beihilfe an der Rabenmonstration wird das Nähere über Aufstellung zc bekannt gegeben. Die Versammlung wünscht, daß ein jeder in unserem Fach Beschäftigte sich unserer Abtheilung im Zuge anschließende möge. Bekannt gegeben wurde, daß das zweite Sommervergnügen in Winterhude abgehalten wird, das heißt, wenn der

Wirth seinen Saal auch zu Versammlungen hergibt. Der nothleidenden Familie eines Kollegen wurden 20 M bewilligt.

**Schalko.** Da unser Verein schon über 1 Jahr besteht und wir so zu sagen noch nichts von uns haben hören lassen, wollen wir versuchen, das Versäumte so viel wie möglich nachzuholen. Anlässlich des Aufrufes an die Metallarbeiter Deutschlands in Nr. 18 dieser Zeitung können wir nicht umhin, unsere Freunde darüber auszudrücken und wollen wir hoffen, daß der Kongress nur Gutes im Gefolge hat und daß wir der allgemeinen Organisation dadurch immer näher rücken. Was uns anbelangt, werden wir so viel wie möglich dafür sorgen, daß der Kongress von hier aus beschickt wird. Unser Verein ist zwar schwach, wir wissen aber wohl, was wir zu thun schuldig sind, wir machen es nicht so wie verschiedene andere Vereine und lassen Vergnügen auf Vergnügen folgen; wir sind uns vielmehr vollständig des Ernstes unserer Lage bewußt, denn wir leben jetzt in einer Zeit, wo die Eingkeit der Arbeiter mehr denn je am Platze ist. Und deshalb freut es uns auch, daß durch den angeforderten Kongress der erste Schritt zur allgemeinen Metallarbeiter-Organisation gethan werden soll. Wir bitten alle Fachvereine, nicht zu stolz zu sein, mit sämtlichen Metallarbeitern, wer sie auch sein mögen, Hand in Hand zu gehen, denn nur so können wir unser vorgestelltes Ziel erreichen. Auch wir haben vor, einen Metallarbeiter-Verein in's Leben zu rufen, denn wir sehen ein, daß wir mit unserem Fachverein wenig erreichen können. Bis jetzt fehlt uns noch der Arbeitsnachweis; wir geben auch keine Reiseunterstützung, überhaupt mangelt es uns noch an Allem, was in den größeren Vereinen geleistet wird; wir können aber wegen der geringen Mitgliederzahl (dieselbe beträgt nur 14) mit dem besten Willen nichts zu Stande bringen. Deshalb setzen wir unsere ganze Hoffnung auf den neu zu gründenden Metallarbeiter-Verein.

**Metall-Arbeiter.**

**Offenbach.** Zugang von Metall-drückern ist wegen Mangelregelung eines Kollegen strengstens fern zu halten.

**Fraunshausen.** Am 15. April fand im Odeon eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: Der Statutenentwurf und Stellungnahme zu demselben. Ein Antrag der Schmiede, zuerst eine Generaldiskussion stattfinden zu lassen, wurde abgelehnt und in die Debatte eingetreten. Beim § 1 legten die Vertreter der einzelnen Branchen den Standpunkt ihrer Gewerkschaft der Union gegenüber klar. Sämtliche Redner sprachen sich im Sinne der Union aus, es wurde aber von allen Branchen betont, daß sich die Fächer für sich auch noch organisieren könnten. Die Former waren der Ansicht, daß dieses sehr gut durchzuführen sei, auf jeden Fall würden sie ihren Verein beibehalten. Die Klempner waren derselben Ansicht, man solle den kleineren Gewerkschaften keinen Kastengeist vorwerfen, da dieselben auch ihr Gutes geleistet hätten, sie würden nach wie vor ihre Organisation hochhalten, wenn sie sich auch der Union voll und ganz anschließen. Die Feilenhauer erklärten daselbe. Die Schmiede waren der Meinung, daß sie ihre Zentralisation beibehalten werden, worüber eine lebhafte Debatte stattfand. Von vielen Rednern wurde das Verhalten der Schmiede kritisiert. Wenn sie sagten, daß ihre Genossen noch zu dumm wären, um für eine große Organisation gewonnen werden zu können, so sehe man hier, wo wirkliche Meister von Rednern von denselben sprechen, dies nicht ein. Die Schmiede hätten einen ebenso hohen Bildungsgrad wie jeder Andere. Im Weiteren erklärten die Schmiede ihre volle Sympathie für die Union und sie würden sich ihr anschließen. In der Fortsetzung der Beratung wurde bezüglich des Passus über Herbergs- und Arbeitsnachweiswesen ein Antrag gestellt, daß der Kongress beschließen möge, möglichst für Zentralherbergen einzutreten. Es wurde darüber abgestimmt, ob derartige Anträge hier vorzubringen seien, was die Versammlung ablehnte. Es wurde der Antrag angenommen, daß alle Abänderungsvorschläge in den zu diesem Zwecke einberufenen Branchenversammlungen beraten werden, und den von jeder Branche zu wählenden Delegierten zur Vorbringung überwiesen werden sollen.

**Bornheim.** Der Metallarbeiter-Fachverein Bornheim hielt am 13. April seine halbjährige Generalversammlung ab. Zum 1. Punkt erstattete der Kassier Bericht über die eingegangenen und verausgabten Gelber und wurde ihm für gewissenhafte Kassienführung Danksagung ertheilt. Bei der Vorstandswahl wurde der jetzige 1. Vorsitzende Gustav Gerhold, ebenso der Kassier und 1. Schriftführer, die Kollegen May und Schneider wiedergewählt; als 2. Vorsitzender Wirth, als 2. Schriftführer Hochheimer und zum Beisitzer Klarmann. Die Zeitungs-Kollektage wurde dahin geregelt, daß dem betreffenden Zeitungsträger das Recht erteilt werde, alle Quartale pro Mitglied 15 P

Trägergebühr zu erheben. Die Bibliotheksfrage mußte verschoben werden. Beim Verschleßen erwähnte noch der Vorsitzende, treu zum Verein zu stehen, wenngleich derselbe im letzten Vierteljahre in Folge des allzugroßen Indifferentismus der hiesigen Metallarbeiter zu leiden hatte. Trotz alledem ist der Geist, der die Mitglieder beherrscht, ein stets vorwärtstrebender. Briefe zc. an Gustav Gerhold, Schleiermacherstr. 7, III.

**Bayreuth.** Die am 18. April abgehaltene Mitglieder-Versammlung des Fachvereins der Metallarbeiter war leider in Anbetracht der wichtigsten Tagesordnung schwach besucht. Es dürfte sich wohl jeder Fachgenosse, gerade unter den hier keineswegs günstigen Verhältnissen zur Pflicht machen, bei jeder Versammlung selbst anwesend zu sein und wenn möglich noch einige Kollegen mitzubringen. Nach Erledigung des 1. Punktes referierte Genosse Sch. über den Kongress. Redner betonte die Nothwendigkeit zur Beschickung des Kongresses in Folge seiner wichtigen Tagesordnung, erklärte sich auch vollständig mit der Handlungsweise der Vertrauensleute einverstanden, inabteit dagegen sowohl das Vorgehen der Berliner, noch mehr aber das der Herren Dierich und Genossen. Im weiteren Verlaufe seiner Rede brachte derselbe den Antrag ein, welcher auch nach kurzer Debatte unverändert angenommen wurde: „Die heutige Mitglieder-Versammlung beschließt, dahin zu wirken, daß eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter von Bayreuth und Umgebung zu Stande kommt, zu welcher ein Referent, möglicher Weise Genosse M. Segitz beauftragt werden möge, um einen Vortrag zu halten.“ Nachdem bei Verschiedenes auch noch auf die Reiseunterstützung hingewiesen wurde, fand eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Referenten Annahme.

**Eberfeld.** Die Eberfelder Metall-Arbeiter haben zu dem am 1. Juni in Frankfurt a. M. tagenden dritten deutschen Metallarbeiter-Kongress bereits Stellung genommen. In der öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung am 12. April wurde nach lebhafter Diskussion beschlossen, nur einen Delegierten zu senden. Die Wahl fiel auf Aug. Neumann. Die Beratung des Statuten-Entwurfes soll in einer späteren Versammlung geschehen. Das Vereinsleben scheint nach und nach besser in Fluß zu kommen und hoffen wir, daß die Wuppertthaler Metallarbeiter dabei nicht die Besten sein werden.

**Freiburg i. B.** Der Metallarbeiter-fachverein hielt am 18. April seine ordentliche guibehaltene Generalversammlung ab. Zunächst erstattete der Kassier den Rechenschaftsbericht vom 1. Quartal. Aus demselben geht hervor, daß der Verein mit einem Baarvermögen von M 100,79 abschloß, der Mitgliederbestand ist 110. An Reiseunterstützung wurden M 11,50 ausbezahlt. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit, hierauf wurde dem Kassier Decharge erteilt. Auch wurde Stellung genommen zum Frankfurter Kongress und beschlossen, denselben durch einen Delegierten zu besuchen. Betreffs Reisekosten wurde beschlossen, daß sich die Mitglieder im Vereinslokale sammeln und sich dann der Gewerkschaft anschließen.

**Fredensheim.** Am 19. April fand hier eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Tagesordnung: 1) Wie organisieren wir uns? 2) Wahl des Delegierten für die Mainzer Bezirks-Konferenz. Zum 1. Punkt hatte Kollege Puth das Referat übernommen. Redner verbeitete sich im Allgemeinen über die heutige Lage der Metall-Arbeiter und betonte die Nothwendigkeit einer kräftigen Organisation gegenüber der Organisation der Eisen-Industriellen. Sodann wurde Kollege Gwald beauftragt, auf der Bezirks-Konferenz dahin zu wirken, daß der allgemeine Metallarbeiter-Kongress zu Frankfurt a. M. möglichst zahlreich durch Delegierte beschickt werden soll, welche einstimmig für die allgemeine Metallarbeiter-Union eintreten sollen.

**Selmstedt.** Der hiesige Fachverein der Metallarbeiter hielt am 12. April seine Generalversammlung ab. Nachdem man die ersten 3 Punkte erledigt hatte, schritt man zum 4. Punkt, in welchem man sich für allgemeine Metallarbeiterorganisation erklärte. Folgende Resolution wurde angenommen: Die am 12. April tagende Generalversammlung des Metallarbeitervereins erachtet die allgemeine Vereinigung für die zweckentsprechendste Organisation und erklärt sich entschlossen gegen jede Gründung von Branchen-Zentralisation. Man fordert von sämtlichen Metallarbeitern Kollegialität und Solidität im Kampfe, daher fordern wir auch allgemeine Vereinigung sämtlicher Metallarbeiter zum Kampfe. Ferner wurde ein Antrag gestellt, indem der hiesige Metallarbeiterverein nicht im Stande ist, den Kongress selbständig zu beschicken, da die Kasse durch Reiseunterstützung in Anspruch genommen wird, ein Mandat auszustellen und das einem Delegierten mitzugeben. Der Antrag wurde angenommen. Zum letzten Punkt „Verschiedenes“ empfahl man die übrig

gebliebenen Metallarbeiter-Zeitungen zur Agitation zu verwenden und wurde eine Kommission gewählt, welche die Zeitungen unter nicht organisierte Kollegen verbreitet. Der jetzige Vorsitzende G. Borchers wohnt Beck Nr. 9; daselbst ist die Quittung zur Reiseunterstützung in Empfang zu nehmen. Mittags 12-1, Abends von 7-8 Uhr. Alle Sendungen an den Kassier S. Helt, Borsfelderstr. 4.

**Homburg v. d. S.** Am 19. April fand im Saale der goldenen Rose eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Kollege Berger aus Frankfurt zeigte, wie nothwendig es sei, möglichst große Organisationen zu gründen, empfahl Gründung einer deutschen Metallarbeiter-Union, weil dadurch die bisherige Zersplitterung der Kräfte vermieden wird, Arbeitsnachweis und Reiseunterstützung, sowie Berufsstatistik viel besser und einheitlicher geregelt werden kann und auch nach Gegenden, wo bisher die Arbeiterbewegung noch nicht Fuß gefaßt hat, Agitatoren entsendet, Vereine gegründet und erhalten werden können. Redner zeigte die Schwierigkeiten, die einer Zentralisation bisher in Form von Vereinsgesetzen und Sozialistengesetz entgegenstanden und noch entgegenstehen, daß es aber jetzt nach Sturz des letzteren, angesichts der kolossalen Unternehmerverbände, Dinge, Trufts zc., dringend geboten sei, sich zu einem, möglichst großen Bunde zu vereinigen. Er stellte auch das unerhörte Vorgehen der Berliner Metallindustriellen in's richtige Licht und zeigte an diesem Beispiel der Verbrüderung von Kapitalisten, Regierung, Polizei und Staatsbetrieben, was die Arbeiter von der heutigen Gesetzgebung zu erwarten haben. Redner besprach noch den Statutenentwurf und kritisierte noch verschiedene der darin vorgeschlagenen Bestimmungen. Er erinnert an den Beschluß der Bezirkskonferenz in Offenbach, vor dem allgemeinen deutschen Metallarbeiterkongress eine Bezirkskonferenz in Mainz abzuhalten, wofür die Tagesordnung des Kongresses berathen und Vorschläge zur Wahl der Delegierten gemacht werden sollen und empfiehlt die Beschickung der Konferenz. Die Kollegen Richter und Bayerndorfer wurden als Delegierte nach Mainz gewählt und folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute, 19. April, tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung aller Branchen von Homburg v. d. S. und Umgegend ist mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden und erkennt nur eine allgemeine Union der Kapitalmacht gegenüber für widerstandsfähig an, ebenso verspricht die Versammlung, durch die Entsendung ihrer Delegierten zur Konferenz die Anbahnung einer allgemeinen Metallarbeiter-Union voll und ganz zu unterstützen, in Erkenntnis, daß durch Branchenzentralisation die Kräfte zersplittert werden, wodurch ein gemeinsames Handeln unmöglich gemacht würde. Bei „Verschiedenes“ wurde aufgefodert, die nächstens stattfindende Volksversammlung betr. Gewerbebeschleßgericht zahlreich zu besuchen und mit aller Energie für die Errichtung eines solchen einzutreten.

**Halle a. S.** Am 17. April fand im Saale der Moritzburg eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Nach erfolgter Bureauwahl ergriff der Vertrauensmann der Provinz Sachsen, Genosse Ebeling, zu einem 1/4stündigen, recht heikälligen aufgenommenen Vortrag das Wort. Redner sprach über den „Mißbrauch“ des Koalitionsrechts der Arbeiter. Wenn man heute die gegnerische Presse zur Hand nehme, müsse man glauben, wir lebten in der besten aller Welten. Freilich, die Kapitalisten, für welche diese Zeitungen schreiben, befinden sich unter den heutigen Verhältnissen ganz wohl, jedoch die Arbeiter hätten es an ihrem eignen Heile, daß es doch ein wenig faul ist im Staate Dänemark. Gerade einer ihrer eifrigsten Befechter, unser erblitterter Feind, der Hofrath Ackermann, hatte vor langer Zeit einmal erklärt, daß zu einem einigermaßen menschenwürdigen Leben ein Einkommen von mindestens 900 M gehöre. Wenn aber der Arbeiter — denn wie viele Tausend derselben haben kein derartiges Einkommen — einmal sich emporkraft, um diese 900 M zu fordern, schreit man sofort nach Polizei und Staatsanwalt. Redner unterlegte die Thätigkeit des Reichstags einer scharfen Kritik und erklärte, daß man nur ironisch das Gesetz als ein Arbeiterbeschleßgesetz bezeichnen könne. Dann kam Redner auf den Berliner Arbeiterbund zu sprechen und beleuchtete dessen Statuten, von denen auch schon einiges im hiesigen Volksblatt gestanden habe. Zum Schluß erklärte Genosse Ebeling, es sei an der Zeit, daß solche Genossen, welche auf das „Volksblatt“, das einzige, welches hier in Halle unsere Interessen vertritt, noch nicht abonniert haben, solches unverzüglich thun sollten. — Zum zweiten Punkte: Stellungnahme zur Reisekosten, wurde beschlossen, daß es jeder Gewerkschaft anheim gestellt sei, sich an beliebigen Stellen zu sammeln und dann nach dem Hofsäger zu ziehen und sich dem Gesammtzuge anzuschließen. Ferner wurde einstimmig angenommen, ein Viertel des am 1. Mai verdienten Lohnes abzugeben. Ge-

roffe Gehling wurde aufgefordert, sich von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands diesbezügliche Marken schützen zu lassen; die gesammelten Gelder sollen dann später an die Generalkommission unter der Kontrolle der Vertrauensmänner abgehandelt werden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige im Saale der Moritzburg tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung wünscht, daß jeder Beruf die Fünferkommission zur Waisefer durch 2 Personen ergänzen möge, welchen das Recht zusteht, den vierten Teil des Arbeitslohnes vom 1. Mai von denjenigen, welche denselben zum Generalfonds beisteuern wollen, einzufordern.

**Bannau.** Am 19. April fand hier eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Ueber die gewerkschaftliche Organisation sprach Genosse Schilde aus Frankfurt a. M. und führte in lebhaftem Vortrage den Zweck der Organisationen aus. Redner schilderte auch ausführlich das Vorgehen der Berliner Metall-Industriellen und unterzog es einer scharfen Kritik. Zur Mainzer Konferenz wurden 2 Delegirte: W. Oer (Schlosser) und W. Amberg (Spengler) gewählt.

**Rönigsberg.** Am 19. April fand hier im großen Saale des Kneiphöfischen Gemeindegartens eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter aller Branchen statt mit der Tagesordnung: 1) Enthaltungen über das Treiben der Metall-Unternehmer-Verbände. 2) Unsere Stellung zum Metallarbeiter-Kongress. 3) Stellungnahme zur Waisefer. 4) Verschiedenes und Fragelisten. Der Vorsitzende Kirsch verlas eine Reihe von Schriftstücken aus der in London erschienenen Broschüre: „Ein Komplott u. s. w.“ und kritisierte in scharfen Worten das Vorgehen der Unternehmerklasse gegen die deutschen Arbeiter. Nach der Diskussion fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heute, den 19. April zc., tagende öffentliche Metallarbeiter-Versammlung verurtheilt aufs Schärfste das Verhalten der Metall-Industriellen gegen die Arbeiter und verspricht, um diesem Vorgehen einen wirksamen Damm entgegenzusetzen zu können, voll und ganz für das Bedeuten und Bestehen des hiesigen Metallarbeitervereins einzutreten, nicht nur durch leere Worte, sondern auch durch thätigste Handlung.“ Zum 2. Punkte führte Kollege Kirsch aus, daß das Schaffen einer großen Vereinigung eine unbedingte Nothwendigkeit sei, denn nur hierdurch könne den gemeingefährlichen Ausschreitungen des übermüthigen Proletenstums erfolgreich die Spitze geboten werden. Um aber darüber Klar zu werden, wie wir am besten vorgehen können, sei es nöthig, den Kongress zu beschicken. Nach lebhafter Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 19. April stattfindende öffentliche Versammlung der Metallarbeiter steht die Nothwendigkeit eines allgemeinen Metallarbeiter-Kongresses, sowie die Nothwendigkeit der Beschickung desselben seitens der hiesigen Metallarbeiter vollkommen ein und wünscht, daß auf demselben eine für die Gesamtheit der Metallarbeiterschaft nutzbringende Organisation geschaffen werde, um so den Annahmungen der Unternehmerverbände ein Halt gebieten zu können. Ueber die Wahl des Kongress-Ortes spricht die Versammlung ihre Mißbilligung aus, da derselbe zu nahe an der Weigrenze Deutschlands liegt, wobei den im Osten liegenden Provinzen zu wenig Rechnung getragen worden ist, indem diesen bei einer Beschickung des Kongresses große Kosten erwachsen. Ferner beschließt die Versammlung, ihren Delegirten zu beauftragen, auf dem Kongress dafür eintreten zu wollen, daß der noch am weitesten zurückgebliebene Osten bei der künftigen Agitation und Organisation mehr Berücksichtigung finde.“ Hierauf wurde Kollege Kirsch, Schlosser, einstimmig als Delegirter für den allgemeinen Metallarbeiter-Kongress zu Frankfurt a. M. gewählt, und zwar stellte ihm die Versammlung ein Doppelmandat aus, um es ihm zu ermöglichen, auch den am selben Orte und zur selben Zeit stattfindenden Schlosser-Kongress besuchen zu können. Zum 3. Punkte entspann sich ebenfalls eine lebhafteste Debatte, in deren Verlauf von den meisten Rednern ausgesprochen wurde, daß es hier nicht möglich sei, den 1. Mai als Feiertag zu begehen, indem einerseits den Arbeitern keine geeigneten Lokale zu diesem Zwecke zur Verfügung stehen, andererseits aber die hiesige Metallarbeiterschaft noch nicht so organisiert sei, um ein allgemeines Ruhenlassen der Arbeit an diesem Tage durchzuführen zu können. Hierzu wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Metallarbeiter-Versammlung beschließt: In Erwägung, daß es den hiesigen Arbeitern nicht möglich ist, ein Establishment zur Abhaltung der internationalen Waisefer zu erhalten, verpflichten sich die versammelten Metallarbeiter, ihr Solidaritätsgefühl für die völkerverbindende internationale Arbeiterbewegung dadurch zu betheuern, daß ein Jeder am 1. Mai den vierten Theil seines Tagesverdienstes für Agitationszwecke opfert, ferner verpflichten sich die Anwesenden, in Zukunft lebhafter zu agitieren, um nicht nur bessere

Zustände herbeizuführen, sondern auch, wie anderwärts, die Macht der Sozialbesitzer brechen zu können, damit auch für Rönigsberg die Versammlungsfreiheit existire. Nach Schluß der Versammlung schickte sich der überwachende Beamte bemüht, beim Verlassen des Saales den Inhalt einer am Eingang aufgestellten Zigarettenliste zur Deduktion der Tageskosten zu konstatieren. Selbstverständlich wird hiergegen Beschwerde erhoben werden.

**Judwigshafen.** Am 18. April referirte hier in einer öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung Kollege Hänler aus Mannheim. Die Tagesordnung war: Stellungnahme zum Frankfurter Kongress, Delegirtenwahl. Redner trat trotz der in manchen deutschen Vaterländern herrschenden hemmenden Gesetzesbestimmungen für die Metallarbeiter-Union ein. Nur durch eine große Organisation können wir Erfolge erringen. Es solle und dürfe nicht darauf ankommen, ob Schlosser, Dreher, Uhrmacher, Bohrer zc. zc. dieser Organisation beitreten, nur vereint sind wir stark. Als Delegirte wurden vorgehoben: Kiedel, Wittmann und Seitan. Ersterer wurde einstimmig gewählt und darauf ~~...~~ angenommen, in der das Einverständnis mit den Ausführungen des Redners ausgesprochen und dem Delegirten ein ungebundenes Mandat erteilt wurde.

**Jahr.** In Nr. 15 der „Metallarbeiter-Zeitung“ v. J. wird Richard Haupt, Former aus Spillingen, als Spitzel verfolgt. Derselbe arbeitet jetzt in Dinglingen bei Bahr und ist in den Metallarbeiter-Fachverein als Mitglied aufgenommen worden, indem er nachgewiesen hat, daß er der Spitzel Haupt nicht ist. Das Signalement wurde vom Verein aus der Schweiz verlangt und stimmt daselbst mit betreffendem Haupt nicht überein. Außerdem wurden seine Zeugnisse von 1888 an bis heute von Vereinsmitgliedern, sowie von Mitgliedern des Arbeiter-Wahlvereins geprüft, und stellte sich heraus, daß derselbe bisher nicht in der Schweiz gearbeitet hat. Es wurde auch ein hiesiger Parteigenosse, Namens Maher, welcher den Spitzel Haupt aus der Schweiz persönlich kennt, zur Prüfung beigegeben und es stellte sich heraus, daß derselbe diesen noch niemals gesehen hat. Es ist deshalb der Richard Haupt außer Verfolgung zu setzen, indem wir kein Interesse daran haben, einen Unschuldigen zu verfolgen.

**Magdeburg-Buckau.** In Nr. 15 der „Metallarbeiter-Zeitung“ befindet sich eine Korrespondenz des Kollegen Grenz betr. der Metallarbeiter-Organisation, in welcher das „einfeltige“ Vorgehen der Berliner und Magdeburger Kollegen gerügt wird. Was die Berliner Kollegen veranlaßte einen Uebertritt zu thun, darüber sind wir nicht in der Lage Auskunft zu erteilen. Was aber Magdeburger anbetrifft, liegt die Sache so: Die Former waren „fachlich“ organisiert bis zu einer gewissen Zeit, bis zum Gewerkschafts-Prozess, in welchem bekanntlich der Fachverein der Metallarbeiter polizeilich geschlossen wurde. Da sich nun die irdlichen Verhältnisse dahin gestalten, daß wir gezwungen sind, den Fabrikanten gegenüber widerstandsfähig zu sein, so sehen wir uns veranlaßt, den Metallarbeitern wieder Gelegenheit zu geben, einer Organisation anzugehören. Folgebesseren trafen wir die Umgestaltung unserer Organisation zu einem Verein aller in der Eisen- und Metallindustrie beschäftigten Arbeiter. Die Beschlüsse der Gewerkschafts-Konferenz respektieren wir voll und ganz. Jedoch wurden wir, wie schon erwähnt, gezwungen, den irdlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen. (Die Beschlüsse der Gewerkschafts-Konferenz haben auf die Gestaltung der Metallarbeiter-Organisation gar keinen Einfluß. Sie werden bloß gerne dahin interpretirt, denn: Wenn der Beschluß, daß sich die Arbeiter den bestehenden Zentralisationen anschließen sollen, so strikte zu verstehen wäre, welcher „bestehenden“ sollen sich die Former, Klempner zc. anschließen? Die Schlosser müßten sich natürlich dem Diederich anschließen — eine Zumuthung, die sich von selbst richtet. Red.) Ferner zeigt Kollege Grenz auf das Muster der „gründenden“ Zentralisation hin. Gewiß würde eine Branchen-Organisation unserer Organisation ein Zentral-Verband möglich sein, aber wir befürchten, daß die Vorstände dieser Verbände in einem Zentralvorstand zusammenzutreten müßten und daß hierdurch wieder eine „Verbindung“ hergestellt werden könnte. Wir überlassen dem Kollegen Grenz, ob, wie er sich denkt, dieses durchführbar sei oder nicht. In diesem Sinne hat man sich auch hier in einer öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung ausgesprochen.

**Offenbach.** Zu dem in Nr. 16 von Martin Graf unterzeichneten Artikel muß ich bemerken, daß eine Kühnheit ohne gleichen dazu gehört, um solch ein Nachwerk der Offenlichkeit preis zu geben; schade wär's, die werthvollen Spalten dieses Blattes zu benutzen, um genannten Artikel zu beantworten. Bin aber zu jeder Zeit bereit, es in öffentlicher Versammlung zu thun. Bruno Späth.

**Kattingen.** Wie aus dem letzten Bericht ersichtlich, wurde der Arbeiter, welcher die Versammlung hier einberufen hatte, am Montag Morgen sofort entlassen. Derselbe wandte sich an den Herrn Bürgermeister als zuständige Behörde, behufs Erlangung seines löthigen Lohnes, worauf er am Donnerstag Morgen folgendes schriftliche Schreiben erhielt: „Entscheidung. Auf die Klage des Schlossergesellen Heinrich Schwantz von hier gegen die Firma Rödel und Wellenstein wegen Entlassung aus der Arbeit ohne vorherige Kündigung, wird folgende Entscheidung getroffen: In Erwägung, daß der p. Schwantz in einem rechtlichen Dienstverhältnis der genannten Firma gegenüber gestanden und somit die Vorschriften der Gewerbe-Ordnung in Anwendung zu bringen sind; daß bei der Beurtheilung der Streitfrage nur der § 128 ad. 7 des gedachten Gesetzes Platz greifen kann: daß Kläger bei Eintritt in die Firma die dort bestehende Fabrikordnung als rechtsverbindlich anerkannt hat; daß Kläger aber dem allgemeinen Metallarbeiter-Verein als Mitglied angehört, welcher Verein u. a. sich den Zweck gestellt hat, die Beseitigung der Fabrik- und Werkstatt-Ordnungen herbeizuführen und Kläger in dieser Richtung, wie konstattirt worden ist, besonders agitatorisch vorgeht; daß demgemäß die sofortige Entlassung gemäß des oben angeführten §, welcher vorschreibt, daß ohne Kündigung entlassen werden kann, wenn der Arbeiter seine Mitwirkung bei Handlungen verweigert, welcher wider die Gesetze oder die guten Sitten verstößt, gerechtfertigt erscheint; daß aber nach Bage der Sache die anerkannte Fabrikordnung ungewisshaft die Stelle des Gesetzes vertritt. Aus diesen Gründen wird die Klage des p. Schwantz als nicht begründet abgewiesen. Gegen die Entscheidung, welche für vollstreckbar erklärt wird, steht binnen zehn Tagen nach der Behändigung die Klage bei dem ordentlichen Gerichte offen. Kattingen, den 9. April 1891. Die Gemeindebehörde. Der Bürgermeister: Esser. Zugestellt am 9. April 1891. Der Hilfs-Vollziehener: Janßen.“ Einen anderen Bescheid hätte auch der Schulze eines obskuren hinterwäldischen Dorfes nicht erteilt. Wer also nach dem sehr ehrenwerthen Herrn Bürgermeister einer seine Interessen vertretenden Vereinigung angehört, verstoßt wider das Gesetz und die guten Sitten, nach § 128 der Gewerbe-Ordnung bürgermeisterlicher Auslegung. Eine solche Gesetzesinterpretation, wonach die Befolgung des § 152 der Gewerbe-Ordnung gegen den § 128 desselben Gesetzes verstößt, so daß der Arbeitgeber das Recht hat, den geschlechtlich handelnden Arbeiter sofort zu entlassen, bringt nur Herr Bürgermeister Esser fertig. Wie muß da den Herren Fabrikanten das Herz im Leibe lachen, endlich einmal ein Mittel gefunden zu sehen, durch welches sie sich die unbedeuten Elemente sofort vom Hals schaffen können. Aber — der betreffende Arbeiter, der das Gesetz besser kennt, als der Herr Bürgermeister, hat schon die nöthigen Schritte zur Erlangung seines Rechtes eingeleitet. Glaubst der Herr Bürgermeister vielleicht, daß sich die Arbeiter so mir nichts dir nichts in einen Saal packen ließen, wie der werthe Herr das schon früher einmal mit einem Lobden (die Geschichte ist ja bekannt) fertig gebracht hat? (Im Jahre 1885 hatte sich ein Arbeiter in Kattingen erhängt, derselbe war Familienvater von 6 Kindern, wovon das älteste, ein Mädchen, vielleicht 17 Jahre zählte. Dieses ging zum Bürgermeister wegen eines Armenbegräbnisses, weil die Familie gänzlich mittellos war und der Herr Bürgermeister schickte Morgens 5 Uhr 2 Arbeiter in die Wohnung, ließ die Leiche in einen Saal rücken und einfach verscharren. Nachdem die Sache jedoch richtiger geworden, mußte die Leiche auf höhere Bestimmung hin wieder ausgegraben werden.)

**Bemscheid.** Am 12. April fand hier eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt, in welcher Kollege Dörner-Gilberfeld über die wirtschaftliche und politische Lage der Arbeiter referirte. Der Referent wies nach, daß durch die heutige ausgedehnte Maschinenarbeit der gelehrte Arbeiter immer mehr verdrängt wird, dadurch aber auch eine Ueberproduktion erzeugt wird, welche eine große Reservearmee von Arbeitern schafft. Es müsse die Hauptaufgabe der Arbeiter sein, die Arbeitszeit zu verkürzen. Redner fordert auf, sämmtlich dem Fachverein beizutreten, wir sollen uns ein Beispiel an den Unternehmer-Verbänden nehmen. Zum 2. Punkte: Stellungnahme zum Frankfurter Kongress sprachen sich sämmtliche Redner für Gründung der Union, als das wirksamste Mittel gegen die Unternehmer-Verbände, aus; jedoch wurde beschloffen, den Delegirten kein gebundenes Mandat mitzugeben. Vom Vorsitzenden wurde hervorgehoben, daß man absichtlich die Delegirtenwahl nicht auf die Tagesordnung gesetzt habe, damit die Kollegen sich um eine geeignete Persönlichkeit umsehen könnten, und damit nicht, wie das gewöhnlich geschieht, durch schnellen Vorschlag einer gewählt wird. König schlug vor, eine Kommission zu wählen, welche sich mit den hier bestehenden

Branchenorganisationen in Verbindung setzen soll, damit man in öffentlicher Versammlung jeder einzelnen Branche gerecht werden könne. In die Kommission wurden König, Schmidt, Stamm, Meyer und Mengel gewählt, welche gleichzeitig die Mittel für die Delegirten beistellen sollen. Zum Statut übergehend, bemerkt König, daß es bloß ein Entwurf sei und würde derselbe wohl noch Änderungen erfahren; so fehlte z. B. ein Passus für die Haus-Industriellen, deren wir hier eine stattliche Zahl haben, z. B. Feilenhauer (deren Verein zählt über 800 Mitglieder). Wo man Pflichten habe, müßten auch Rechte sein. Sodann wurden diejenigen, welche noch im Besitz von Marken sind, aufgefordert, in nächster Zeit abzurechnen, indem der Vertrauensmann bis zum 15. Mai Abrechnung verlangt.

**Wassensleben.** Am 19. April hielten der Metallarbeiter-Fachverein und der Former-Unterstützungsverein gemeinschaftlich eine Versammlung ab. Zu Punkt 1: Sammlung eines Streikfonds am 1. Mai betreffend, legte Kollege Esser in verständlicher Weise Gründe, Zweck und Nutzen dieser Sammlung dar und betonte hauptsächlich, daß jetzt mit erneuertem Eifer agitiert und organisiert werden müsse, um dem Unternehmertum einmal wirksame Schranken entgegenstellen zu können; denn die neuesten Enthaltungen über das Komplott der Metall-Industriellen zeigen uns zur Genüge, was wir zu thun haben. Punkt 2: Organisationsfrage, wurde ebenfalls von Esser gründlich erläutert und waren sämmtliche Anwesende der Ansicht, daß die jetzige Form der Organisation auf die Dauer unhaltbar sei. Von der Entsendung eines Delegirten nach Frankfurt wurde Abstand genommen, dagegen wurde Genosse Esser als Delegirter zur Landesversammlung nach Spillingen für beide obigen Vereine gewählt. Der Verlauf der Versammlung kann ein reger genannt werden, es bleibt nur zu wünschen übrig, daß auch in allen anderen Versammlungen dieselbe Thätigkeit, derselbe Eifer bemerkbar ist, und daß von nun ab die Versammlungen, die ja nur alle 14 Tage stattfinden, fleißiger und zahlreicher besucht werden.

**Solingen.** Metallarbeiterverein. In der Versammlung am 4. April hielt Kollege P. Jünger einen Vortrag über das Vereinsgesetz und suchte Bedeutung und Auslegung der einzelnen Paragraphen klarzulegen. Bei § 10 wurde der Vortrag verlagert. Sodann wurden 8 Kollegen als Ehrengerichtsmitglieder gewählt und fiel die Wahl auf P. Jünger, G. Thieme und Schesse. Da unser 1. Vorstand, Feilenhauer Fr. Wilms, wegen Arbeitsmangel abreisen will, wurde der Antrag gestellt, seine Familie so lange zu unterstützen bis er Arbeit erhalten hat. Von verschiedenen Seiten wurden Vorschläge gemacht, wie wir ihn, den Gründer und Ausbauer unserer Organisation, am Orte behalten könnten (Herr Thiel sagte bekanntlich in Chemnitz, er wäre der größte Feind der Organisation). Kollege Wilms dankte für das Vertrauen, welches wir auf ihn gesetzt, er habe seine Pflicht gethan, trotzdem von anderer Seite (nicht von Seiten des Kapitals, sondern von hiesigen „Gassen“) schmutzig gegen ihn verfahren wurde. Aber er wolle den Kollegen nicht mehr zur Last liegen, auch müsse man nicht denken, der Verein hänge von ihm ab. Der erwähnte Antrag wurde einstimmig angenommen. Wir bitten noch die Kollegen, den Feilenhauer Fr. Wilms überall kräftig zu unterstützen. — In der außerordentlichen Generalversammlung am 18. April stand außer Wahl des 1. Vorsitzenden auch der Frankfurter Metallarbeiter-Kongress event. Abänderung des § 12 unseres Statuts auf der Tagesordnung. Kollege Thomas machte auf die Bedeutung der Vorstandswahl aufmerksam und führte den Kollegen die Vorgänge in letzter Zeit vor Augen, wie von hiesigen „Führern“ der Arbeiter gegen Kollegen Wilms und gegen andere tüchtige Kollegen vorgegangen sei. Bezeichnungen wie: „fremdes Lumpenpad der Metallarbeiter“ und „das sind ja alles Balgbrüder“ charakterisirten die Personen von selbst, die dieselben gebrauchten. An uns liegt es, diesem Fremdenhaß, wie er hier besteht, entgegen zu treten und auch die Kollegen vor ungerechtfertigten Verleumdungen zu schützen. Deshalb sei es am Platze, dem früheren 1. Vorsitzenden ein Vertrauensvotum zu geben und ferner einen Vorsitzenden zu wählen, welcher Alles, was unserer gemeinsamen Sache hindern in den Weg tritt, energisch zurückweist. Kollege Steinwälder schließt sich dem an und empfiehlt den 2. Vorsitzenden G. Bärzel zu wählen, dann könne ein Solinger (welcher Bärzel ist) das „fremde Lumpenpad“ führen. Derselbe wurde auch nahezu einstimmig gewählt. Als 2. Vorsitzender wurde das Ausschußmitglied Schesse und an dessen Stelle Dentscher gewählt. Darauf wird folgendes einstimmig angenommen: Die heute, am 18. April, tagende außerordentliche Generalversammlung des Metallarbeitervereins aller Branchen von Solingen und Umgegend spricht ihrem 1. Vorsitzenden,

Fellenhauer Fr. Wilms, ihren Dank aus für seine energische Tätigkeit in Betreff...

wir den Preis nun erhalten, so daß wir einmal wenigstens etwas besser gestellt sind...

Vereins-Anzeigen.

Altona. (Fachverein der Schlosser und Maschinenbauer.) Dienstag, 5. Mai, Abends...

Preisgerade. Der Metallarbeiterfachverein hielt am 11. April eine Generalversammlung ab...

Schlösser u. Maschinenbauer. Witten. Am 6. April wurden sich die Schlosser der Fabrik von F. SchL, Röhrgenstraße...

Fellenhauer. Braukwede 6. Bielsfeld. Da die Fellenhauerlöhne in Westfalen, wie bekannt, zum...

Maschinenbauer.) Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß in der am 21. April stattgefundenen...

Kiel. Mittwoch, 6. Mai, Abends halb 9 Uhr im Lokale des Herrn Franzen, Steinberg 12...

Köln. (Formerverein.) Von jetzt ab wird die Reiseunterstützung bei unserm 1. Vorsitzenden...

Leipzig. Achtung, Former. Vom 1. Mai ab haben wir Verhältnisse halber folgende Änderungen getroffen...

Leipzig. (Metallarbeiter-Fachverein.) Montag, 4. Mai, Abends 8 Uhr im „Holländer“...

Leipzig. (Fachverein der Feilenhauer u. v. B.) Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat...

München. (Fachverein der Schlosser u. v. B.) Samstag, 2. Mai, Mitgliederversammlung im Vereinslokal...

München. (Fachverein der Schlosser u. v. B.) Sonntag, 3. Mai, Ausflug nach dem Schöppnersther...

München. (Fachverein der Schlosser u. v. B.) Sonntag, 10. März, Nachmittag 4 Uhr, Wirtschaft zur „Windmühle“...

München. (Fachverein der Metallschläger.) Montag, 4. Mai, Nachm. 5 Uhr, Mitglieder-Versammlung...

Offenbach a. M. (Fachverein der Metallarbeiter.) Unser Arbeitsnachweis befindet sich im Gasthaus zur „Stadt Heidelberg“...

Regensburg. (Fachverein der Schlosser und Maschinenbauer.) Wir machen die reisenden Kollegen nochmals aufmerksam...

Regensburg. (Formerverein.) Laut Beschlus der letzten Versammlung finden die Versammlungen von jetzt ab...

Regensburg. (Formerverein.) Laut Beschlus der letzten Versammlung finden die Versammlungen von jetzt ab...

Regensburg. (Formerverein.) Laut Beschlus der letzten Versammlung finden die Versammlungen von jetzt ab...

Regensburg. (Formerverein.) Laut Beschlus der letzten Versammlung finden die Versammlungen von jetzt ab...

Regensburg. (Formerverein.) Laut Beschlus der letzten Versammlung finden die Versammlungen von jetzt ab...

Regensburg. (Formerverein.) Laut Beschlus der letzten Versammlung finden die Versammlungen von jetzt ab...

Regensburg. (Formerverein.) Laut Beschlus der letzten Versammlung finden die Versammlungen von jetzt ab...

Regensburg. (Formerverein.) Laut Beschlus der letzten Versammlung finden die Versammlungen von jetzt ab...

Regensburg. (Formerverein.) Laut Beschlus der letzten Versammlung finden die Versammlungen von jetzt ab...

Regensburg. (Formerverein.) Laut Beschlus der letzten Versammlung finden die Versammlungen von jetzt ab...

8 Uhr ab im Gasthof zum Braunen Hirsche statt. Zahlreicher Beteiligung steht entgegen...

München. Alle Arbeiter der Metzgerbranche erlaubt sich Unterzeichneter zu der am 8. Mai stattfindenden...

Anzeigen. Nachruf. Am 18. April starb nach langem, schweren Leiden unser Vereinskollege, Herr Otto Stöhr...

An die Former Deutschlands! Empfehle allen Kollegen meine vorzüglichen Former-Winkel zu anerkannt billigen Preisen...

Aufruf an alle Eisen- u. Metallgießer und Metallarbeiter! Angesichts der Maßregelung von 86 deutschen Metallarbeitern ist es wohl erwünschenswert...

Aufforderung. Der Former Robert Zahnow aus Breslau b. Stettin wird gebeten, seine Adresse an Unterzeichneten gelangen zu lassen...

Der Mechaniker Jean Ulrich, geboren 20. Juni 1872 zu Nürnberg, wird ersucht, seine Adresse an den Unterzeichneten gelangen zu lassen...

Ein gut arbeitender Büchsenmachergehilfe findet dauernde Beschäftigung bei H. Hellfritsch, Nürnberg.

Quittungs-Marken und Kautschuck-Stempel-Fabrik von Jean Holze, Hamburg, gr. D. h. Bahn 45.

Seit 12 Jahren Referant sämtlicher bestehenden Zentral-Franken-Kassen und ca. 5000 Kassen und Vereine Deutschlands...

Beste Bezugsquelle. Schnellste Bedienung. Solide Preise. Der Versandt geschieht portofrei.

Zeith. Abonnements auf die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ nimmt entgegen Otto Küllner, Former, Messerschmiedstr. 17, III.

Technicum Mittwelda - Sachsen - a) Maschinen-Ingenieur-Schule b) Werkmeister-Schule - Vorunterricht frei.